

Fortsetzung von Seite 1

Es ist schwer nachzuvollziehen, dass solche Studenten nicht bereit sind, ihre Studiengebühren zurückzubezahlen und somit auf einen Teil ihres späteren Einkommens zu verzichten. Ohnehin schon privilegiert, möchten sie lieber von der Gesellschaft gesponsert werden. Und dies von einer Gesellschaft, die sonst an allen Ecken sparen muss...

Eigennütziges Denken

Solches Denken ist vor allem eigennützig. Und ist es nicht genau dieser verheerende Egoismus, der sämtlichen Reformen in unserem Land im Wege steht? Wie sollen wir unser Land auf Erfolgskurs trimmen, wenn selbst die Elite von morgen sich nur um ihr persönliches Wohl sorgt? Kommen wir weg von diesem kurzfristigen, eigennützigen Argumentieren. Beginnen wir endlich umzudenken!

Die FDP-Basis verbreitern

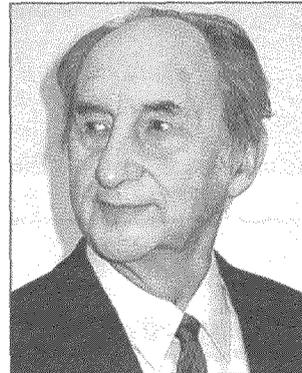
Überlegungen eines ehemaligen FDP-Geschäftsführers

Die Oppositionspolitik, die auf beiden Flügeln des politischen Spektrums getrieben wurde, führte zu einer Polarisierung in der Politik, die sich zu Lasten der Mitte auswirkte. Die FDP erlitt dadurch bei den letzten eidgenössischen Wahlen einen Schwächeanfall, der aber nicht wegen internen Unstimmigkeiten zu einer tödlichen Krankheit führen darf.

Von Pierre Rom, 1978–92
Zentralsekretär der FDP
des Kantons Bern
p.rom@surfeu.ch

Dazu drei Bemerkungen: Für eine gute Politik braucht es Köpfe, Köpfe mit Inhalt, wenn möglich mit freisinnigem Inhalt. Doch was heisst «freisinnig»? Es gibt in der Politik grundsätzlich zwei Hauptströmungen, nämlich die progressive, vorwärtsblickende und die konservative, rückwärtsblickende. Unsere Vorfahren haben gegen den starken Widerstand der Konservativen den Wechsel vom Staaten-

bund zum Bundesstaat erwirkt. Die FDP war immer eine progressive Partei und soll es auch bleiben. Nur der Blick nach vorn garantiert in der Politik eine vernünftige Entwicklung. Wenn nach den Nationalratswahlen 2003 die Parteien auf der linken Seite des Spektrums – neben den konservativen Parteien – immer noch im Aufwind sind, so ist dies nicht etwa, weil sie soziale Anliegen haben, sondern hauptsächlich aus der Feststellung heraus, dass sie eine vorwärtsblickende, zukunftsorientierte Auffassung vertreten. Anders ist das Abwan-



Pierre Rom Bild rus

dern vieler liberal denkender Wähler nicht zu erklären.

Politische Köpfe müssen gewählt werden. Untersuchungen haben ergeben, dass nur rund 20% der Wähler einer Partei – als Mitglied oder Sympathisant – verpflichtet sind. Will eine Partei seine Ideen in den Parlamenten aller Stufen verbreiten, gilt es also die übrigen 80% zu überzeugen. Die FDP

braucht eine starke Basis. Es dürfen deshalb keine potenziellen Wähler vernachlässigt werden, seien es nun Frauen, Junge, Alte oder Anderssprachige. Alle müssen sich angesprochen fühlen. Nur so kann eine politische Idee breit abgestützt und durchgesetzt werden. Der Freisinn war eine Volkspartei und soll es auch bleiben. Die Interessen einzelner Gruppierungen zu vertreten ist Sache der Gewerkschaften und Verbände. Der Freisinn ist eine Partei des Ausgleichs, welche die Interessen aller vertritt. Sie hat immer das Gleichgewicht in der Politik angestrebt, da keine einseitige Lösung auf Dauer allein den sozialen Frieden garantiert. Sie versucht die Probleme aufgrund ihrer liberalen, Grundauffassung zu lösen und in der Erkenntnis daraus, dass es eine gesunde, florierende Wirtschaft braucht.

Die Geschichte ist die Folge politischer Entscheidungen. Die FDP steht an einem Wendepunkt. Ich bin überzeugt, dass der Freisinn sich wieder auf seine Wurzeln zurückbesinnt, denn nur eine eigenständige, liberale Politik, die auf das Ganze abzielt und sich nicht in Teilprobleme verliert, kann auf Dauer Früchte tragen. Diese Politik muss zielstrebig angepackt, konsequent durchgeführt und deutlich vertreten werden. Die FDP hat eine geschichtliche Aufgabe, die noch nicht abgeschlossen ist.

Davos im Umbruch

Im Juni stehen in Davos Wahlen an. Die FDP Davos ist sich ihrer Verantwortung bewusst und geht mit neuen Köpfen in den Wahlkampf.

Nach zwölf Jahren tritt Erwin Roffler, FDP, als Landammann zurück. Insgesamt werden in der Davoser Exekutive drei weitere Posten frei. Die FDP als führende Partei beanspruchte bisher neben dem Landammann einen weiteren Sitz im kleinen sowie acht der siebzehn Sitze im grossen Landrat.

Mit Hans Peter Michel stellt sie einen Kandidaten für das Amt des Landammanns. Michel hat in den letzten Jahren seine Fähigkeiten als Troubleshooter mehrmals unter Beweis gestellt.

FDP stellt einzige Frau

Weniger klar sieht es bei den weiteren vier Sitzen im kleinen Landrat aus. Hier bewerben sich neben der SVP mit einem Kandidaten vier Parteilose um diese Mandate. Für die FDP, die

zwischen fünf Kandidaten entscheiden konnte, ein Grund, sich für zwei Sitze zu bewerben und mit Astrid Heinrich und Simi Valär zwei Kandidaten ins Rennen zu schicken. Mit Astrid Heinrich stellt sie die einzige Frau.

Grosse Wechsel

Schwieriger wird der Sitzertahl im Grossen Landrat werden, gilt es doch, von acht Sitzen deren fünf neu zu besetzen. Hier stehen zurzeit 23 Kandidaten für 17 Sitze zur Auswahl. Die SVP möchte auf acht Sitze aufstocken, die SP erhofft

sich neu drei Mandate, und zusätzlich ergänzen einige Parteilose den Kandidatenreigen. Keine leichte Aufgabe für den Vorstand, eine entsprechende Auswahl zu treffen. Die beiden bisherigen Frauen, Esther Zinsli und Astrid Heinrich, konnten durch Maria Bischoff und Claudia Stiffler ersetzt werden. Bei den Männern ergänzen neu Peter Engler, Florian Kamnik und Hans Fopp das Team der Bisherigen. Mit diesen Kandidaten vertritt die FDP einen grossen Teil der Davoser Bevölkerung.

Pressedienst fdp Davos

Der Freisinn – immer einen Schritt zu spät?

Am Abend der National- und Ständeratswahlen forderte die SVP einen zweiten Bundesrat, die SP konterte, die FDP schaute zu. Am Tag der Abstimmung über den Avanti-Gegenvorschlag forderte die SVP die Verbilligung des Benzins, die SP konterte, die FDP schaute zu. Am Tag nach dieser Abstimmung präsentierte die SVP die Ratten-Plakate und forderte ein Ja zur 11. AHV-Revision, die SP konterte, die FDP schaute zu. Hat der Freisinn verschlafen? Die Antwort ist offensichtlich: ja.

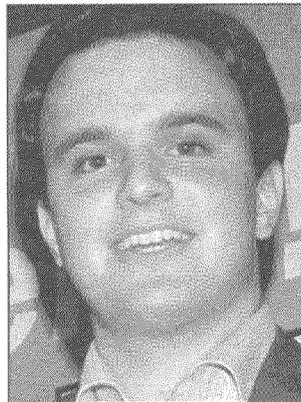
Von Thomas G. Albert,
Präsident Jungfreisinnige
Kanton Zürich (JFZH)

Zwar konnte die FDP reagieren und den zweiten Bundesratssitz behalten. Zwar konnte die FDP reagieren und die Benzin-Steuern lieber für den Agglomerationsverkehr einfordern. Zwar konnte die FDP reagieren und ein liberales Komitee für die Abstimmung vom 16. Mai 2004

gründen. Aber kam dies nicht alles zu spät? Die Antwort ist einfach: ja.

Wer zu spät kommt, setzt keine Themen

Eine Partei, welche immer einen Schritt zu spät kommt, setzt keine Themen und wird nicht wahrgenommen. Kurz: Eine Partei, welche immer einen Schritt zu spät kommt, ist überflüssig. Der Freisinn hat aber allen anderen ge-



Thomas G. Albert

wöhnlichen Parteien einiges voraus: Die moderne Schweiz ist unsere Erfindung, der Wohlstand in diesem Land ist vor allem der freisinnigen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zum Ende des Kalten Krieges zu verdanken, und in Exekutiv-Ämtern wimmelt es immer noch von

Freisinnigen, so dass die Tagespolitik noch immer freisinnige Akzente trägt. Dieses Erbe erlaubt uns Freisinnigen, das Ruder herumzureissen. Das zeitliche Fenster ist jedoch ziemlich eng. Bei den nächsten Wahlen 2006/2007 gilt es, die Situation des Zürcher Freisinns zumindest zu stabilisieren. Folgende Massnahmen sind zu treffen:

Mehr Zusammenarbeit, Disziplin und Provokation

Erstens gilt es die Parteistrukturen auszunützen. Die Forderungen der Kommissionen müssen in das Parteiprogramm eingearbeitet werden. Damit werden alle freisinnigen Kräfte eingebunden, und es wird

dem demokratischen Charakter unserer Partei Rechnung getragen.

Zweitens muss jedoch gleichzeitig durch eine straffe Führung des Parteivorstandes die Durchsetzung dieser Forderungen sichergestellt werden. Die Gemütslage Einzelner darf nicht die eigene Position untergraben.

Drittens müssen wir uns vom übertriebenen «freisinnigen Anstand» befreien. Provokation gehört zum politischen Alltag. Wer nicht provoziert, wird nicht wahrgenommen. Dass damit eventuell Geister gerufen werden, die man nicht mehr los wird, ist in Kauf zu nehmen.

Als Präsident der Jungfreisinnigen bin ich bereit, diesen Weg mitzugestalten. ■

Mehr Wettbewerb statt Quoten!

Nachlese zum Tag der Frau vom 8. März 2004

Seit den Bundesratswahlen vom vergangenen Jahr scheint es, als sei etwas wieder erwacht, was man eigentlich nur noch bei linksradikalen Frauengruppen vermutet hätte: die Frauenbewegung. Egal aus welchem politischen Lager, wenn frau Frau ist, so wird einem suggeriert, muss frau heute wütend sein auf die Männervorherrschaft in der Politik.

Von Lena Schneller,
Vizepräsidentin
Jungfreisinnige Kanton
Zürich (JFZH)

Tatsache ist, dass die Vertretung der Frauen im Nationalrat bei den letzten Wahlen nicht mehr gross gestiegen ist, und Tatsache ist auch, dass Bundesrätin Ruth Metzler abgewählt und Christine Beerli nicht

gewählt worden sind. Aufgrund solcher Tatsachen fordern nun auch bürgerliche Frauen vermehrt Quoten und bedauern, dass die Gleichberechtigung sich noch immer nicht durchgesetzt habe. Als junge Frau mit politischen Ambitionen kriege ich da einen dicken Hals.

Ich würde mich schämen, eine Aufgabe nur darum zu



Lena Schneller

bekommen, weil ich eine Frau bin – Frau zu sein hat für mich noch keine qualitative Bedeutung. Wieso sprechen nun bürgerliche Frauen über Quoten? Mehr

Eigenverantwortung und offener Wettbewerb, das wird sonst auf allen Ebenen gefordert. Nur dort, wo es um Frauenanliegen geht, soll der Staat dafür sorgen, dass mehr Frauen in die Politik und in hohe Führungsstellen kommen. Liebe liberale Frauen, der Staat hat seinen Teil zur Gleichberechtigung schon lange erfüllt: Wir Frauen sind vor dem Gesetz den Männern gleichgestellt, haben das Stimmrecht, einen Anspruch auf gleichen Lohn usw. Das, was sich nun noch ändern bzw. entwickeln muss, können wir nicht mit Quoten erzwin-

gen, sondern müssen wir uns in einem freien Wettbewerb erkämpfen!

Frau zu sein bedeutet für mich heutzutage nicht, sich auf Frauenbeauftragte, Quotenregelungen und ähnliches zu verlassen, sondern es bedeutet für mich, dass ich die Verantwortung für mich selber übernehme. Nicht das Geschlecht, sondern der Inhalt soll überzeugen. Ich erwarte von allen Menschen, auch von den Männern, dass sie die Gleichberechtigung der Geschlechter umsetzen und leben. Im Gegenzug sind aber wir Frauen gefordert – wir können uns nicht mehr hinter Verwaltung und Quoten verstecken, sondern müssen zeigen, dass wir bereit sind, uns dem Wettbewerb zu stellen. ■

20. Eiertütschen der FDP Rickenbach

Durchhaltewille und Einsatz führen zum Erfolg

Anlässlich des 20. FDP-Eiertütschens waren einmal mehr die Jungbläser des Musikvereins Harmonie Rickenbach im Einsatz. Sie waren es auch, die vom ganzen Reingewinn profitieren konnten. Das Jubiläums-Eiertütschen ergab einen Reingewinn von Fr. 1100.–.

rus. Als die örtliche Freisinnige Partei 1984 das erste Eiertütschen durchführte, wurde der Gewinn noch dem Krankenpflegeverein Rickenbach-Wilen gutgeschrieben.

Eigenverantwortung belohnen

Seit diese Einrichtung nicht mehr auf Eigenverantwortung zählt, sondern über das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und Steuergelder finanziert wird, hat sich die FDP nach Institutionen und Vereinen umgeschaut, die Selbstverantwortung immer noch gross schreiben. Seit jenem Zeitpunkt wird der

Reingewinn dieses Anlasses abwechselungsweise den Fussballjunioren, den Oberstufenschülern, welche freiwillig auf Alkohol, Nikotin und Drogen (Kodex) verzichten, und den Jungbläsern des Musikvereins Harmonie Rickenbach übergeben.

Ausdauer lohnt sich

Was vor 20 Jahren bescheiden begann, hat sich im Laufe der Jahre im Rickenbacher Veranstaltungskalender einen festen Platz erobert. Auch die jungen Leute, welche immer wieder begeistert mitmachen, machen selbst die Erfahrung, dass



Verstärkt durch die Musiklehrerin Lisbeth Sennhauser unterhielten die Rickenbacher Jungbläser die zahlreichen Besucher des 20. Eiertütschens.

sich Einsatz und Ausdauer lohnt. Das 20. Eiertütschen war nicht nur ein kleines Jubiläum, sondern führte für die Jungbläser auch zu einem Rekordergebnis von Fr. 1100.–. Aber auch für die Freisinni-

gen hat dieser Anlass positive Auswirkungen. Zum einen kommen die Rickenbacherinnen und Rickenbacher mit den FDP-Mitgliedern und -Exponenten ins Gespräch und zum andern erinnern sich Wählerinnen und Wähler immer wieder daran, dass die FDP auf eigenverantwortliche Bürge-

rinnen und Bürger setzt. Ein heute 38-jähriger Musikant brachte es auf den Punkt: «Das FDP-Eiertütschen vor 17 Jahren hat bei mir ausgelöst, dass ich seit jenem Tag an jeder Abstimmung teilgenommen habe und mich bei Wahlen an die Kandidierenden der Freisinnigen hielt.»

Thurgauer Tagblatt AG erhält KMU-Preis

Überdurchschnittlicher Einsatz für das Lehrlingswesen

Die Thurgauer Tagblatt AG in Weinfelden erhielt den KMU-Preis 2003 der FDP Thurgau. Je ein Ehrendiplom gingen an die Tuchschild AG, Frauenfeld, sowie die Strässle Installationen AG in Amriswil. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr besondere Verdienste im Lehrlingswesen.

Der KMU-Preis der FDP Thurgau wurde zum dritten Mal verliehen. Thema für die Auszeichnung 2003 war die Lehrlingsausbildung. Zur Teilnahme am KMU-Preis berechtigt waren alle Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden, die im Thurgau Lehrstellen anbieten. Berücksichtigt wurden Unternehmen, die das Lehrlingsangebot im Thurgau mit ihrem Engagement bereichern.

«Es ist bei dieser Fragestellung nicht zentral, wer die Lehrstellen anbietet, sondern in welcher Form und vor allem mit welcher unternehmerischen Qualität die Ausbildung angeboten und umgesetzt wird», betonte Peter Schütz, Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes und Obmann der Jury, in seiner Laudatio. Insgesamt haben sich 17 Unternehmen an der Ausschreibung für den KMU-Preis 2003 der FDP Thurgau beteiligt oder wurden dafür nominiert.

Drei Unternehmen wurden ausgezeichnet. Die Thurgauer Tagblatt AG als Preisträgerin 2003, während die Tuchschild AG, Frauenfeld, und die Strässle Installationen AG, Amriswil, je ein Ehrendiplom erhielten.



Kantonsrat August Krucker (links) und Gemeinderätin Marianne Christen haben sichtlich Spass am Eiertütschen. Im Hintergrund wartet Alice Klingler darauf, bis sie mit Krucker in den friedlichen Wahlkampf einsteigen kann.

Bilder: rus

Ich möchte wachrütteln

Moderner Liberalismus steht bei der FDP im Mittelpunkt

Die Schweiz und mit ihr die FDP stehen vor schwierigen vier Jahren. Wir haben grosse Herausforderungen zu bewältigen, die viel Kraft und Ausdauer fordern werden.

Von FDP-Präsident
Rolf Schweiger

Für diese Herausforderungen müssen wir bereit sein. Ich möchte uns wachrütteln, nicht das Bestehende zu glorifizieren, sondern zu erkennen, welche Gefahren bestehen, wenn wir uns nicht mehr vertrauen, Strukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu zerschlagen. Ich möchte uns aufrütteln einzusehen, dass unsere Versicherungsmentalität, unser Hang zu Perfektion, zu umfassendem Schutz und Sicherheit vor allem und jedem unseren Staat sowohl finanziell wie auch hinsichtlich seiner Reglementierungsdichte so fett

gemacht haben, dass Abmagerungskuren unausweichlich geworden sind. Ich möchte uns aufrütteln, dafür zu kämpfen, dass wir wieder bereit werden, auch momentan für uns Unangenehmes zu tun, um eine für uns alle schwierige Zukunft meistern zu können.

Kein bequemer Präsident

Ich bin kein Präsident, der jedem das sagt, was er gerne hören möchte; der jedem das verspricht, was er vom Staat erwünscht; der jedem Recht gibt, wenn er persönlich glaubt, Recht zu haben. Nein, unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass die FDP auch dann zu ihren Werten steht, wenn sie für den politischen Augenblick unbequem und unpopulär sind. Ich will nicht, dass unsere Partei ihr politisches Alltagshandeln nur danach ausrichtet, anderntags positiv in den Medien zu erscheinen. Eine gute Politik ist konsequent und geht

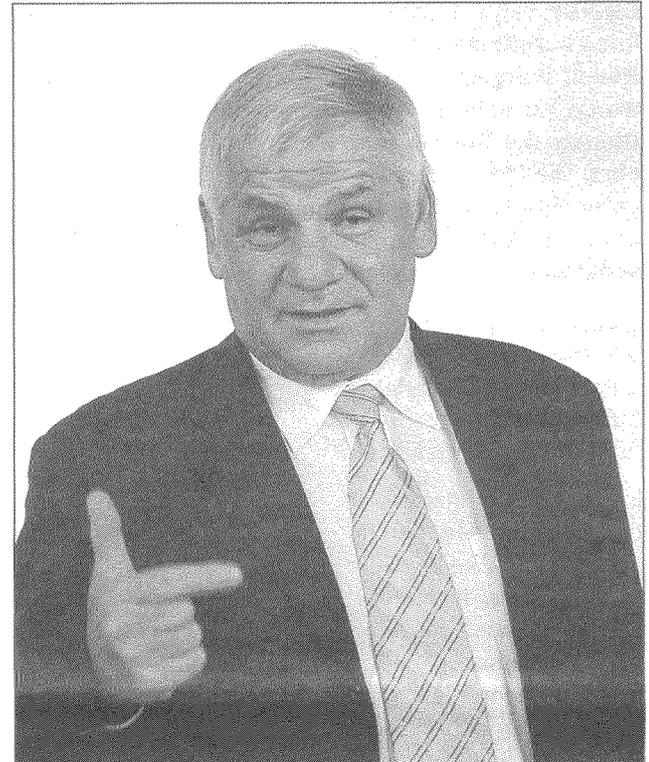
über die Tagesaktualität hinaus.

Längerfristiges Denken und Handeln

In unserer direkten Demokratie ist solch längerfristiges Denken und Handeln nur möglich, wenn wir wieder bereit sind, ohne Wenn und Aber transparent und offen zu sein. Ich habe vor unseren Bürgerinnen und Bürgern eine zu hohe Achtung, um der Meinung zu sein, die Aufgabe für uns Politiker sei es, in erster Linie beruhigend zu wirken, Unangenehmes auszublenken und schönfärbisch nur immer das in den Vordergrund zu stellen, was vermeintlich in den Augen vieler momentan gut ist. Demokratische Willensbildung ist nur möglich, wenn wir Politiker wieder vermehrt bereit sind, auch zu Unangenehmem zu stehen und Lösungsvorschläge ohne Wenn und Aber aufzuzeigen. Nur eine solche Politik verschafft Glaubwürdigkeit – und Glaubwürdigkeit ist die primäre Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie.

Soziale Verantwortung

Bei aller Bejahung von Leistung und Wirtschaft muss das soziale Verantwortungsbewusstsein auch weiterhin unser politisches Handeln begleiten. Hilfe an jene, die es nötig haben, muss auch zukünftig ein zentrales Anliegen des Freisinns sein. Dieses Sozialsystem dürfen wir aber nicht einfach auf die



Rolf Schweiger

Bild: zVg

Schultern einzelner Bevölkerungsgruppen laden. Insbesondere haben wir uns zu fragen, ob und wie weit unsere Jugend, die jungen Familien, die jungen Erwerbstätigen zur Aufrechterhaltung sozialer Besitzstände der älteren Generation beizutragen haben. Ich meine, dass vorab die junge Generation darauf angewiesen ist, mit staatlichen Verpflichtungen möglichst nicht zusätzlich belastet zu werden. Ich meine aber auch, dass unser Staat sich vermehrt den Anliegen moderner Frauen stellen muss. Mutterschaft und Berufstätigkeit müssen für solche, die dies wollen, möglich sein. Die Strukturen unserer Schulen, aber auch die vor- schulischen Betreuungs-

möglichkeiten haben die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. In diesem Zusammenhang war auch die Ja-Parole der FDP-Delegierten zum Mutterschaftsurlaub ein ganz wichtiger Schritt.

Ich glaube an die Kraft der FDP, die Partei der modern und bürgerlich denkenden Menschen in diesem Land zu werden. Um dies zu erreichen, müssen und werden wir die Kraft haben, die zentralen Werte eines modernen Liberalismus in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns zu stellen. Dazu gehört Optimismus. Ich bin bereit, diesen Optimismus zu haben. Sie bitte ich, bereit zu sein, sich von diesem Optimismus anstecken zu lassen. ■



Christiane Langenberger übergab ihrem Nachfolger die «Flamme radicale».

Bild: rus

Auslandschweizer-Preis 2004:

Die FDP Schweiz International würdigt Hans Rudolf Würgler

Die FDP Schweiz International hat am 18. März 2004 ihren bereits dritten Auslandschweizer-Preis an Hans Rudolf Würgler vergeben. Der Argentinischschweizer wurde für sein aussergewöhnliches Lebenswerk im Dienste der Bevölkerung in der Provinz Misiones geehrt. Die Preisverleihung fand im Basler Messeturm unter Anwesenheit von Carla del Ponte, Chefanklägerin des UNO-Tribunals, sowie des Schweizer Botschafters in Argentinien, Armin Ritz, statt.

Von Petra Studer, Leiterin
Politisches Sekretariat,
FDP Schweiz

Im Jahr 2000 stand eine bescheidene Idee, Persönlichkeiten für ihre Verdienste zu Gunsten der «fünften Schweiz» auszuzeichnen, zur Diskussion. Spätestens am 18. März 2004, an der dritten Verleihung des Auslandschweizer-Preises im Basler Messeturm, konnte man sich vergewissern, dass dieses Projekt der FDP Schweiz International mittlerweile zu einer erfolgreichen Grossveranstaltung geworden ist. Nahezu 250 Gäste aus

der Welt der Politik, der Wirtschaft und der Kultur nahmen an der Preisverleihung teil. Carla Del Ponte, Chefanklägerin des UNO-Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien, widmete ihr Referat der Frage, inwiefern die Durchsetzung des Völkerrechtes auch für die Schweiz eine Herausforderung sei. Der Schweizer Botschafter in Argentinien, Dr. Armin Ritz, würdigte das Lebenswerk des Preisträgers Hans Rudolf Würgler mit einer eindrücklichen Laudatio. Durch die Veranstaltung führte Nationalrat Johannes Randegger, der Ende 2003 als neuer Präsident der FDP



Honorarkonsul Hans Rudolf Würgler (rechts) nahm von Nationalrat Johannes Randegger den Auslandschweizerpreis 2004 entgegen.

Schweiz International das Erbe von alt Nationalrat Erich Müller antrat.

Auslandschweizer-gemeinde fördern

Ziel und Zweck des Auslandschweizer-Preises ist es, die Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu unterstützen und die Anerkennung der Auslandschweizergemeinde zu fördern. Mit dem durch die FDP Schweiz International vergebenen Preis sollen Persönlichkeiten oder Institutionen geehrt werden, welche sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben. Gleichzeitig soll diese periodisch stattfindende Ehrung die Schwei-

zer Bevölkerung vermehrt auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen, wird das Image der Schweiz doch massgebend von den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern geprägt. Der Preis besteht in der Verleihung des Titels «Auslandschweizer(in) des Jahres» sowie in der Aufnahme der geehrten Persönlichkeit in den «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer», was mit der Übergabe einer Ehrenurkunde sowie eines symbolischen Preises und eines Geldpreises besiegelt wird.

25 Kandidaturen

Im Sommer 2003 wurden breite Kreise aufgerufen, mögliche Preisträgerinnen

oder Preisträger zu nominieren: das Netz der Schweizerischen Botschaften im Ausland, die Mitglieder des Auslandschweizerzerrates, die Auslandschweizer-Organisation (ASO) sowie der Vorstand und die Mitglieder der FDP Schweiz International. Die 25 qualitativ hoch stehenden Kandidaturen aus verschiedensten Ländern und Fachgebieten sind der Beweis dafür, dass das Projekt bei den angeschriebenen Personen und Stellen auch beim dritten Mal Anklang gefunden hat. Für die diesjährige Verleihung des Auslandschweizer-Preises haben die Jury-Mitglieder im November 2003 ihre definitive Entscheidung über die Kandidaturen gefällt. Die Jury setzt sich aus folgenden



Als neuer Präsident der FDP Schweiz International führte Johannes Randegger gekonnt durch die Veranstaltung.



Das Ehepaar Würgler wurde von Botschafter Armin Ritz mit einer eindrücklichen Laudatio bedacht.

Persönlichkeiten zusammen: Dr. Hugo Bütler (Chefredaktor NZZ, Jury-Präsident), Francine Asmis (Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International), Guido Schommer (Generalsekretär der FDP Schweiz), Dr. Georg Stucky (Präsident der Auslandschweizer-Organisation), Dr. Franz von Däniken (Staatssekretär EDA) und Hanna Widrig (Direktorin der Zuger

Kulturstiftung Landis & Gyr).

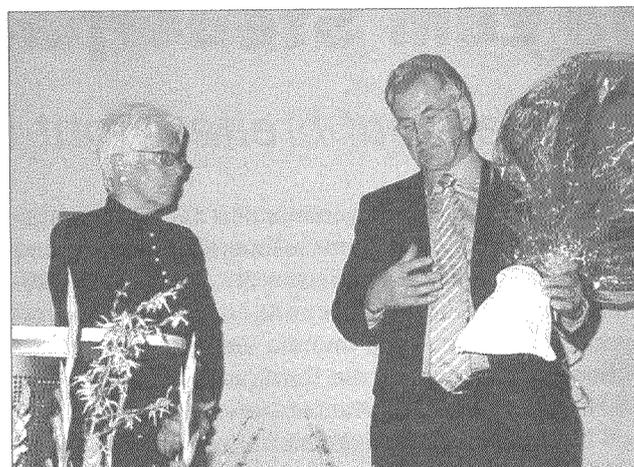
Entscheid nicht leicht gemacht

Es kamen mehrere Kandidaturen in die engere Wahl, und die Entscheidung ist der Jury nicht leicht gefallen. Es standen Persönlichkeiten zur Diskussion, welche sich durch ein ausserordentliches Engagement in verschiedens-

ten Bereichen wie Humanitäre Hilfe, Entwicklungsförderung, Diplomatie, Wirtschaft, Unterstützung der Kultur, Wohltätigkeit oder Kontaktförderung profiliert haben. Die Nominierten im Ausland wurden unter anderem daran gemessen, inwiefern sie das Wohl des Gastlandes und dessen Einwohner, das Wohl der Auslandschweizergemeinde im Gastland und/oder das Image der Schweiz im positiven Sinne beeinflussen konnten. Die Nominierten im Inland wurden vor allem unter dem Aspekt der Förderung der Anliegen der «fünften Schweiz» beleuchtet. Bei der Beurteilung der Kandidaturen wurden im Weiteren die Aussergewöhnlichkeit eines Engagements, die Schwierigkeit der Umstände bei der Leistungserbringung sowie die Beharrlichkeit bei der Überwindung von Widerständen mitberücksichtigt.

Scuola Suiza

Die Jury hat sich mit ihrer Wahl des «Auslandschweizers des Jahres 2004» dafür ausgesprochen, Herrn Hans Rudolf Würgler für seinen langjährigen unermüdlichen Einsatz im Interesse der in der argentinischen Provinz Misiones lebenden Menschen zu ehren. Hans Rudolf Würgler wurde im Jahr 1937 als Sohn eines Baslers und einer Bernerin in Misiones, einer kleinen und ärmlichen Provinz, in der eine der grössten Schweizer Kolonien Argentiniens lebt, geboren. Während rund 40 Jahren hat Würgler, zusammen mit seiner aus Zürich stammenden Frau, die Schule für Landwirtschaft und Technik «Instituto Li-



Johannes Randegger dankte Carla del Ponte für ihr ausgezeichnetes Referat, in welchem sie einen Einblick in ihre Tätigkeit als Chefanklägerin des UNO-Tribunals gab.

nea Cuchilla» aufgebaut – eines der wohl bedeutendsten Sozialwerke der Gegend, auch «Scuola Suiza» genannt, in welchem sich viele junge Menschen weiterbilden und ihren Lebensunterhalt verdienen können. Im Jahr 1980 wurde Hans Rudolf Würgler zum Korrespondenten der Schweizer Botschaft in Argentinien bestimmt, und 10 Jahre später promovierte ihn der Bundesrat zum Honorarkonsul. Mit Feingefühl und Verstand widmet sich der diesjährige Preisträger seither den Problemen der

Schweizer Bürgerinnen und Bürger in der Provinz Misiones und wurde sowohl zu ihrer Anlaufstelle als auch zu ihrem Sprachrohr.

Nach der Ehrung der wohlthätigen Raymonde Berthoud aus Budapest (2002), der Schauspielerin Linda Geiser aus New York (2003) und des Argentinenschweizers Hans Rudolf Würgler will die FDP Schweiz International den Auslandschweizer-Preis zu einer Tradition werden lassen und die Auszeichnung im Jahr 2005 zum vierten Mal vergeben. ■



Im Namen der Jury würdigte alt Ständerat Georg Stucky die Verdienste des Preisträgers.



In einem Gespräch vertiefte Botschafter Armin Ritz die Leistungen von Hans Rudolf Würgler.

Bilder: rus

Ja zum Steuerpaket

Erstmals auf breiter Front Steuern senken!

Endlich bietet sich am kommenden 16. Mai die historische Chance, die Bundessteuern zu senken, und mit etwas Verzögerung müssen die Kantone und Gemeinden nachziehen. Während der Gemeindeverband damit leben kann und die Vorlage unterstützt, gehen die Kantone auf die Barrikaden. Erstmals seit 1874 haben sie das Kantonsreferendum ergriffen und bekämpfen die Vorlage im fragwürdigen Verbund mit Links und Grün.

Von Nationalrat
Rolf Hegetschweiler,
Ottenbach ZH

Trotz horrender Ausgabensteigerungen in den letzten 12 Jahren sind die Kantone nicht bereit, auf zwei bis drei Prozent ihrer geradezu explodierten Ausgaben zu verzichten.

Was in schwierigen Zeiten von jedem Kleinbetrieb ohne weiteres erwartet wird, soll beim Staat nicht möglich sein? Statt ihm laufend zusätzliche Milliarden zu überlassen, soll der Bürger über dieses Geld verfügen und es zu seinem eigenen Nutzen und jenem der Wirtschaft ausgeben können. Das ist das grundsätzliche Ziel dieser Vorlage.

Wer profitiert?

Primär profitieren mittelständische Familien; zwei Drittel der Steuerausfälle gehen auf dieses Konto:

- Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren.
- Entlastung der Familien durch höhere Abzüge.
- Erhöhung des Kinderabzuges von Fr. 5600.– auf Fr. 9300.–

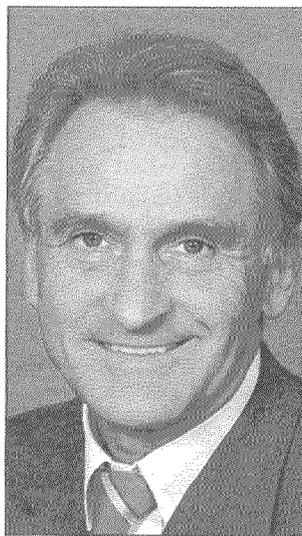
- Haushaltsabzug von Fr. 11 000.– für Alleinstehende.

In zweiter Linie und erst ab 2008 wird das Wohneigentum gefördert. Der Eigenmietwert wird abgeschafft und schweizweit das Bausparen ermöglicht. Heutige Mieter, die zum ersten Mal Wohneigentum erwerben, profitieren am meisten vom Steuerpaket, zuerst mit dem Bausparen, dann dank der Neuerwerberabzüge. Damit wird der über dreissigjährige Verfassungsauftrag endlich erfüllt. Zu betonen ist, dass mit dem Steuerpaket nur selbst genutztes Wohneigentum entlastet wird; für Mietwohnungen und Geschäftsliegenschaften ändert nichts.

Und drittens werden bei der Stempelsteuer bereits vorgenommene Erleichterungen für die Wirtschaft gesetzlich verankert.

Versprechen einlösen

Von allen Behörden, bis hin zum Bundesrat, ist immer wieder beteuert worden, die Besteuerung des Eigenmietwertes sei der falsche Weg der steuerlichen Gleichbehandlung von Mietern und Hauseigentümern. Er fördere das Schuldenmachen, setze



Nationalrat Rolf
Hegetschweiler

Bild zVg

falsche Anreize und habe dazu geführt, dass Hauseigentümer, die im Pensionsalter in einer schuldenfreien Wohnung leben wollten, heute steuerlich benachteiligt sind; das stimmt.

Bausparen wird möglich

Durch das Steuerpaket wird in der ganzen Schweiz ein steuerbegünstigtes Bausparen eingeführt. Mit einem Bausparvertrag kann bis zum 55. Altersjahr während längstens 10 Jahren ein Sparguthaben gebildet werden, um erstmals Wohneigentum für den Eigenbedarf zu erwerben. Bis 24 000.– Franken für Ehepaare und 12 000.– für Alleinstehende dürfen pro Jahr für selbst genutztes Wohneigentum vom steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden, sofern dieses Kapital spätestens innert 2 Jahren nach Vertragsablauf in die

eigenen vier Wände investiert wird.

Grosser Vorteil für heutige Mieter

Der Anreiz für Mieter, Wohneigentum zu erwerben, wird nebst dem Bausparen mit der Zulassung von zeitlich beschränkten Schuldzinsabzügen zusätzlich gefördert. Alleinstehende können in den ersten 5 Jahren Hypothekarzinsen bis höchstens 7500.– Franken (Ehepaare 15 000.–) von den Steuern abziehen. In den darauf folgenden Jahren wird dieser Betrag jährlich um 20% gesenkt. Durch diese Entlastungen sollen die hohen Anfangskosten beim Kauf von Wohneigentum abgefedert werden. Zusammen mit dem Wegfall des Eigenmietwertes sind entgegen anders lautenden Behauptungen der Gegner die Förderungseffekte grösser als beim heutigen System. Der Umstieg vom Mieter zum Eigentümer wird attraktiver.

Die Mär von Luxus-Sanierungen

Beim Gebäudeunterhalt ist die neue Lösung weniger grosszügig. Heute kann der Eigentümer wählen, ob er für seine Unterhaltskosten einen Pauschalabzug oder die effektiven Unterhaltskosten von den Steuern in Abzug bringen will. Mit dem Steuerpaket sind neu nur noch die Fr. 4000.– übersteigenden Unterhaltskosten abzugsfähig. Weiterhin ist nur werterhaltender Unterhalt

abzugsfähig. Wertvermehrende und Luxusinvestitionen werden nicht akzeptiert. Mit dem Wegfall des Pauschalabzugs sind neu nur noch tatsächlich ausgeführte und abgerechnete Unterhaltskosten zum Abzug zugelassen. Das damit ausgelöste Wirtschaftswachstum wird die Steuerausfälle weitgehend aufwiegen.

Kein Verfassungsbruch

In ihrer Argumentation gehen die ablehnenden Kantone nun sogar so weit, die Verfassungsmässigkeit der neuen Wohneigentumsbesteuerung anzuzweifeln. Halten wir uns aber vor Augen, dass der jetzige Vorschlag vom System her genau dem seinerzeitigen bundesrätlichen Modell entspricht. Erhöht wurden lediglich in begrenztem Rahmen die Abzüge. Die Frage der Verfassungsmässigkeit hat aber mit der Höhe der erlaubten Abzugsmöglichkeiten nichts zu tun. Auch die Behauptung, die Kantone seien zum Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung nicht befragt worden, ist schlicht unwahr. Eine erste Vernehmlassung erfolgte im Jahr 2000, eine zweite Stellungnahme wurde 2002 eingeholt.

Kostenexplosion bremsen

Die Ursachen der Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte liegen nicht auf

Fortsetzung auf Seite 9

Das Steuerpaket ist eine Einheit

Ein Puzzle aus Einzelteilen führt uns nicht zum Ziel

Sind 10 Jahre ohne Wirtschaftswachstum noch nicht genug? Dass Steuererleichterungen den Konsum ankurbeln, die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen ist hinlänglich bekannt, umso unverständlicher ist es, dass gewisse Kreise das Steuerpaket ablehnen mit dem Argument, es sei ein Steuergeschenk für die Reichen und bei Ablehnung könne dann sofort eine neue Vorlage ausgearbeitet werden. Nein-Sager unterliegen einem fatalen Irrtum, wenn sie meinen, eine Wiederaufnahme einzelner Teile sei anschliessend problemlos, denn das Paket kam nur als Einheit zustande.

Von Ständerätin Helen Leumann, Meggen LU

Mit einem lang diskutierten und ausgewogenen Vorschlag liegt nun das Steuerpaket vor uns. Und es ist vor allem der Mittelstand, die Familien und Alleinerziehende, welche davon profitieren werden. Nicht nur können inskünftig die Krankenkassenprämien abgezogen werden, sondern das Steuerpaket hat sich auch dem gesellschaftlichen Wandel angepasst, indem die Kinderabzüge fast verdoppelt wer-

den und Kosten bis zu 7000 Franken für die Drittbetreuung von Kindern geltend gemacht werden können.

Ein Steuerpaket für die Einelternfamilien

Ganz besonders aber profitieren Einelternfamilien vom Steuerpaket, indem das Existenzminimum sowohl beim Bund wie auch bei den Kantonen steuerfrei wird. Dass Alleinerziehende viel öfter von Armut betroffen sind, ist eine traurige Tatsache. Dem trägt das Steuerpaket Rechnung, indem neben



Ständerätin Helen Leumann
Bild zvg

den Kosten für Drittbetreuung, den erhöhten Kinderabzügen und den Abzugsmöglichkeiten für Krankenkassenprämien noch ein Haushaltsabzug für Alleinerziehende von 3% (jedoch max. Fr. 5000.–) des Reineinkommens vorgesehen ist. Im Weiteren profitieren Alleinerziehende vom Haushaltsabzug für Alleinstehende von Fr. 11 000.–

ENDLICH! Endlich schafft auch der Bund die schreiende Ungerechtigkeit ab, denn bei einem Ja zum Steuerpaket sagen wir auch ja zum Splitting, d. h., die Einkommen von Verheirateten werden nicht mehr zum Steuertarif des Gesamteinkommens versteuert, sondern zu einem Steuersatz des ca. halben Einkommens, indem das Gesamteinkommen durch 1,9 geteilt wird

Verfassungsgerecht

Heute zahlen verheiratete Paare fast doppelt so viel Steuern wie Konkubinatspaare, denn seit mehr als 20 Jahren erhebt der Bund verfassungswidrig zu hohe Steuern bei verheirateten Paaren! Viele Kantone haben in der Zwischenzeit diese Ungerechtigkeit abgeschafft, nicht aber der Bund. Es liegt nicht am Parlament zu entscheiden, ob die traditionelle Ehe, wo der Mann das Geld verdient und die Frau den Haushalt macht, das bessere Modell sei als neue Familienformen wie z. B. Einelternfamilien, Patchworkfamilien oder Paare, die auch mit Kindern unverheiratet zusammenleben. Wir haben als Gesetzgeber vor diesem Zustand nicht die Augen zu verschliessen, sondern müssen uns ihm anpassen. Ein Steuersystem, das auf den Zivilstand abstellt und das die erwerbstätige Frau nach wie vor als Anhängsel ihres Mannes betrachtet, entspricht schlicht und einfach nicht mehr den heuti-

gen Realitäten. Deshalb sage ich mit Überzeugung ja am 16. Mai. Es profitieren vor allem untere und mittlere Einkommen, d. h. die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung. Rund 1/3 aller Steuerzahler wird in Zukunft keine Bundessteuer mehr bezahlen müssen (bei den Einelternfamilien sind es gar über 50%), und mittelständische Familien mit einem Einkommen zwischen 80 000 und 150 000 Franken werden um die Hälfte der geschätzten Steuerausfälle entlastet.

Wachstumseffekt auslösen

Jeder Franken, der nicht ans Steueramt geht, bleibt in unserem Portemonnaie – das spüren vor allem Leute mit Kindern – und wird entsprechend wieder investiert. Es werden sich Wachstumseffekte einstellen, und die haben wir dringend nötig! Der anhaltend negative Trend ist äusserst gefährlich. Wir haben ein hohes Niveau an staatlichen Leistungen erreicht, aber das kleine Wachstum unserer Wirtschaft, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten muss, ist für unseren Wohlstand und die Finanzierung unserer Sozialpolitik sehr problematisch. Deshalb ist das Steuerpaket für unser Land eine Chance, die es zu nutzen gilt!

Fortsetzung von Seite 8

der Einnahmenseite, sondern eindeutig in den explosionsartig gestiegenen Staatsausgaben. Zwischen 1990 und 2002 haben die Ausgaben der öffentlichen Haushalte von 87 auf 133 Milliarden Franken pro Jahr zugenommen – um mehr als doppelt so viel wie die Teuerung im selben Zeitraum –, und gleichzeitig sind auch die

Kosten für Gebühren um über 60% angestiegen. Nicht Trotzreaktion, sondern Ausgabenstabilisierung ohne Abbau von unverzichtbaren staatlichen Leistungen müsste das Ziel der mehrheitlich bürgerlich dominierten Kantons- und Stadtregierungen sein.

Trotz starken Gegnern und einem gegenwärtig finanzpolitisch ungünstigen Umfeld lohnt sich der Einsatz

für diese Vorlage. Langfristig sind wir damit auf dem einzig richtigen Weg. Auch Bundesrat Hans-Rudolf Merz kann sich laut NZZ vom 1.4.04 «fast nicht vorstellen, dass man das Angebot ablehnt». Lassen wir uns also nicht von Angstmacherei und Mediengezeter einschüchtern, und mobilisieren wir alle Kräfte für ein Ja am 16. Mai.

FDP steht hinter Rolf Schweiger

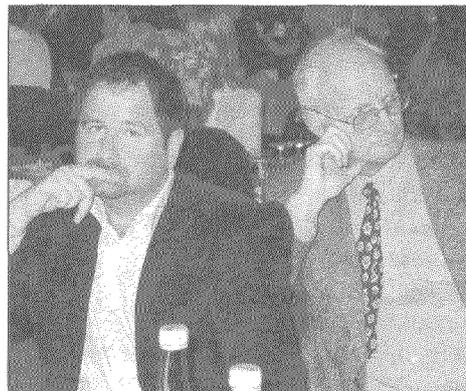
In Chur wurde auch zu drei Vorlagen klar Stellung genommen

Über Wochen stellten die Medien die beiden Präsidentschaftskandidaten, Ständerat Rolf Schweiger, Zug, und Nationalrat Georges Theiler, Luzern, als «Zwillinge» vor. Umso erstaunlicher war das Resultat. Die FDP-Delegierten entschieden sich klar für Ständerat

Rolf Schweiger. Ebenso klar sagten die Kantonaldelegierten ja zum Mutterschaftsurlaub und zur 11. AHV-Revision. Der Finanzierungsbeschluss AHV/IV wurde hingegen deutlich abgelehnt.



Der Saal des Titthof Chur war bis auf den letzten Platz gefüllt.



Während bei den Thurgauern die Meinung zur Wahl schon gemacht schien...



... setzte sich die Urner Nationalrätin Gabi Huber für die Kandidatur Theiler ein.



Als noch niemand wusste, was auf den Stimmzetteln steht...



... wurde Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann um seine Vorhersage befragt.



Nachdem die Stimmenzähler das Wahlergebnis ermittelten...



... kontrollierte Nationalrat Rudolf Steiner (rechts) das Endergebnis.



Kaum war das Resultat bekannt, gratulierte Georges Theiler seinem «Zwillingsbruder» zur Wahl.

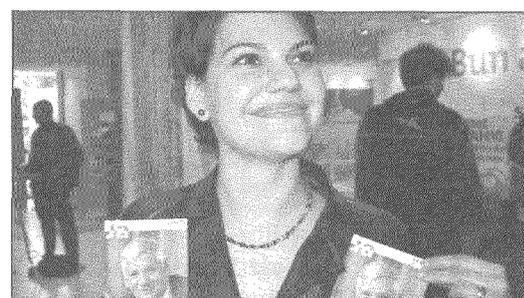
Bilder: rus



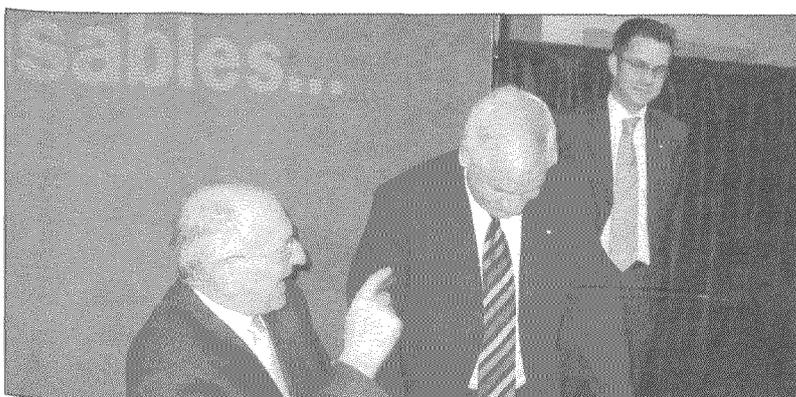
Christiane Langenberger übergab ihrem Nachfolger die «Flamme radicale».



Die Ständerätinnen Helen Leumann (LU) und Erika Forster (SG) gratulierten als Erste.



Stellvertretend für viele freute sich Christina Gruner über die Wahl von Rolf Schweiger.



Pascal Couchepin: Auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind...



... freut es mich, wenn die FDP in Zukunft geschlossen auftritt.

Gelebter Teamgeist

Bereits vor der Präsidenten-Wahl spürte man innerhalb der Sekretären- und Präsidenten-Konferenz, dass der Kampfgeist nicht erlahmt ist.



Die jungen Bündner Christian Rathgeb (v. l. n. r.) und Jann Hartmann genossen mit Generalsekretär Guido Schommer (Mitte) das Nachtessen.



Matthias Eggel (VS) liess es sich nicht nehmen, seiner verletzten Aargauer Kollegin Edith Haller das Fleisch zu zerschneiden.



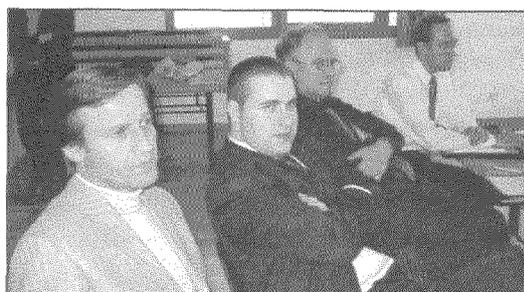
Der neue Zuger Sekretär, Ruedi Wieser (rechts), war bereits am Tag vor den Wahlen siegesbewusst.



Anlässlich eines Stadtrundgangs liessen sich die Kantonalsekretäre durch die Strassen...



... und die historischen Gebäude Churs führen.



Gespannt folgte man den Ausführungen von Georges Theiler und Rolf Schweiger.

Bilder: rus

Avenir radical

Wagen wir es!

«Avenir radical» hat liberale Kräfte freigesetzt! Über 400 Projektvorschläge von engagierten Freisinnigen sind bei uns in den letzten drei Monaten eingetroffen. Liberale Ideen von liberalen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, denen die Zukunft des Freisinns am Herzen liegt.

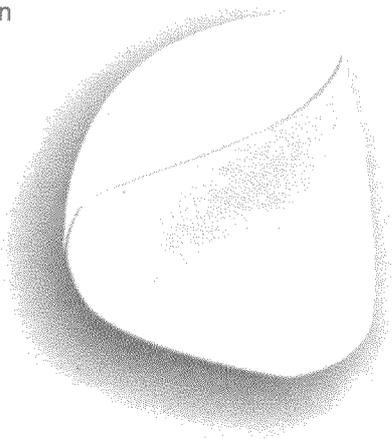
*Von Doris Wobmann,
Generalsekretariat FDP
Schweiz, Mitglied
Projektteam «Avenir
radical»*

Mit grosser Genugtuung durfte das Projektteam unter der Leitung von Ruedi Noser, Nationalrat (ZH), feststellen, dass bei vielen Freisinnigen das Bedürfnis und der Wille besteht, sich aktiv in den Prozess von «Avenir radical» einzubringen. Für dieses grossartige Engagement möchten wir uns bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken!

Wo stehen wir heute?

«Avenir radical» ist in kurzer Zeit zu einem festen Begriff bei der Parteibasis und in der Medienlandschaft geworden.

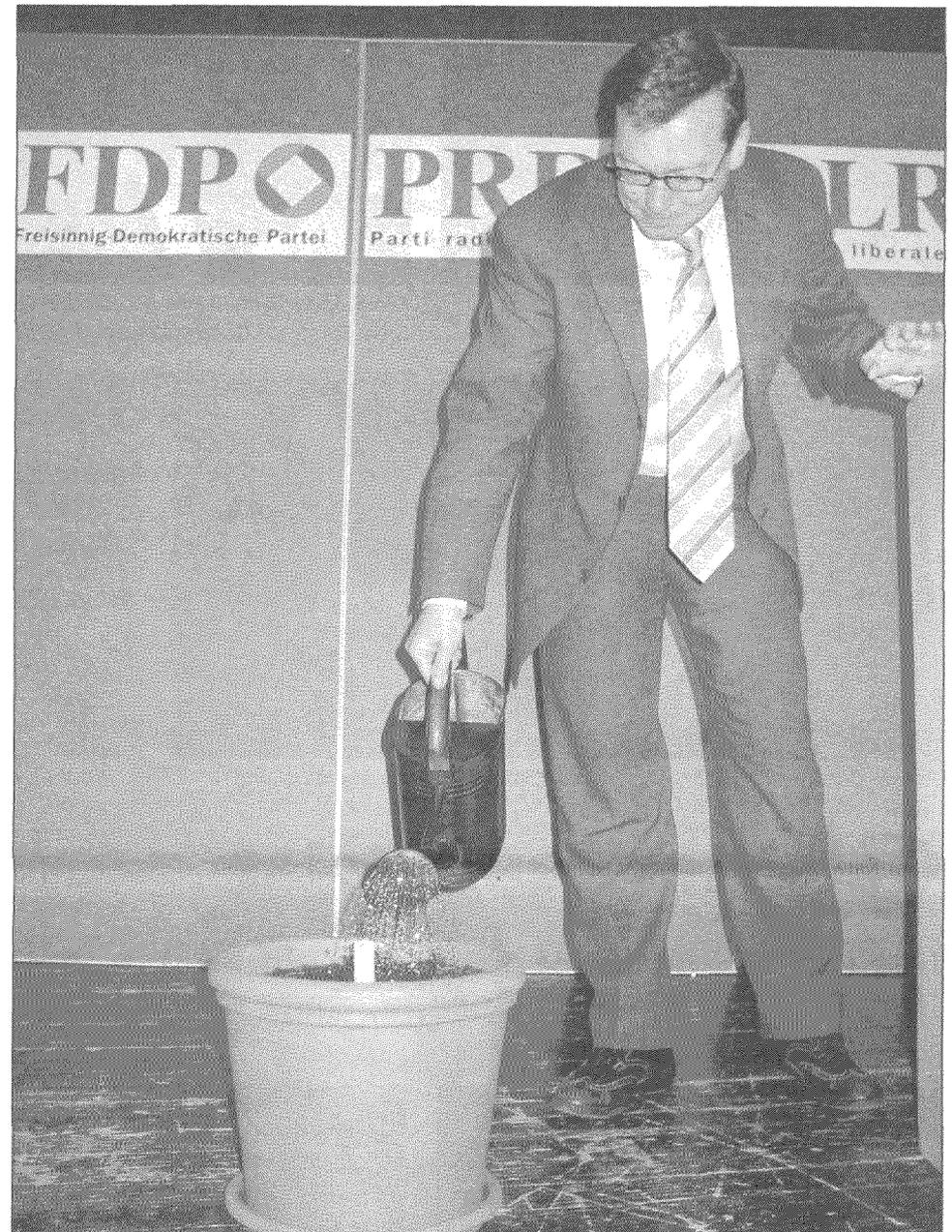
Überall, wo man über den Freisinn nachdenkt, diskutiert oder schreibt, wird dieser Begriff verwen-



det. Wir sind somit auf dem besten Weg, die Gestaltungskraft des Freisinns in einem strukturierten Projekt zu bündeln.

Aus den über 400 eingetroffenen Projektideen wurden durch thematische Zusammenfassungen 80 konkrete Ideen ausformuliert. Aus diesen 80 hat das Projektteam in Anwendung eines Kriterienkatalogs rund 25 Projekte ausgewählt, die am 15. Mai 2004 in Bern der Öffentlichkeit präsentiert werden (siehe Einladung nebenstehend).

Es gibt bekannte, es gibt aber auch neue Ideen und Projekte. Die neuen Vorschläge haben es naturgemäss schwerer, akzeptiert zu werden. Denn «neu» sein kann hier nur, was bisher nicht bedacht, zu vage oder zu riskant war. Deshalb sind wir besonders gespannt, wie diese Projekte von der Parteibasis bewertet werden. Nicht jedes Thema ist jedoch geeignet, um innerhalb des Prozesses von



Ruedi Noser, Nationalrat und Projektleiter «Avenir radical», gibt den Samen Wasser, auf dass die Sonnenblumen anlässlich der FDP-Landsgemeinde in Stans am 12. September 2004 in voller Blüte stehen. Mit diesem symbolischen Akt gab er der Hoffnung Ausdruck, dass das Gleiche mit «Avenir radical» geschehen möge.

Bild: rus

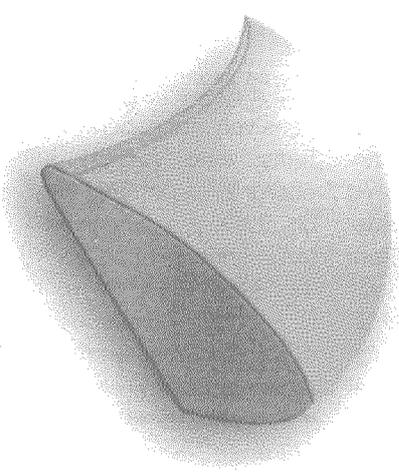
«Avenir radical» behandelt zu werden – selbst wenn es ein wichtiges Thema ist. Ausgeklammert wurden unter anderem Anliegen, die nicht eigentlichen Projektcharakter aufwiesen, sondern Grundsatzentscheide darstellen. Dazu gehört beispielsweise das Thema eines EU-Beitritts oder das Verhältnis Schweiz-EU im Allgemeinen. Dazu sind sehr zahl-

reiche Vorschläge eingetroffen. Da an der Parteibasis ein offensichtliches Bedürfnis besteht, dass sich die FDP jetzt klar zur EU positioniert, schlägt das Projektteam der Parteileitung vor, dieses Thema direkt politisch aufzugreifen.

Wie geht es weiter?

Am 15. Mai 2004 werden die rund 25 ausgewählten

Projekte in Bern der Öffentlichkeit präsentiert. Zu dieser Präsentation sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Sie werden im Rahmen dieser Veröffentlichung aber die Projekte nicht nur zur Kenntnis nehmen können. Vielmehr wird den Teilnehmenden die Gelegenheit geboten, an einer attraktiven und spannenden Veranstaltung aktiv mitzuwirken und direkt



sultate bekannt gegeben.

Sind Sie neugierig, wie dies ablaufen wird? Dann lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen und nehmen Sie am

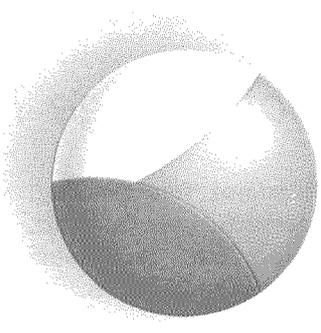
15. Mai teil – wir freuen uns auf Sie!

Aufgrund der erhaltenen Resultate vom 15. Mai wird die Geschäftsleitung der FDP Schweiz diejenigen Projekte bestimmen, die der Parteibasis zur Diskussion unterbreitet wer-

den. Alle Ortsparteien werden mit einer entsprechenden Dokumentation bedient, verbunden mit dem Aufruf, die Projekte mit den Mitgliedern zu diskutieren und uns ihre Meinung mitzuteilen.

Am 12. September 2004 schliesslich wird (voraussichtlich in Stans/NW) die erste Liberale Landsgemeinde stattfinden.

An dieser Landsgemeinde werden die bei den Ortsparteien erfolgreichsten Projekte detailliert vorgestellt und diskutiert. Ziel der Landsgemeinde soll es sein, diejenigen 5 Projekte



Weitere Informationen zur schweizweiten Vernehmlassung der Projekte von «Avenir radical» und zur Liberalen Landsgemeinde folgen im nächsten Freisinn sowie über www.avenir-radical.ch.

Das Projektteam ist überzeugt, mit «Avenir radical» und damit mit der Unterstützung der FPD-Basis eine zukunftsgerichtete freisinnige Politik mitgestalten zu können. «Avenir radical» bietet für die FDP die Chance, erfolgreich zu neuen Ufern aufzubrechen – Wir wagen es! ■

auszuwählen, die wir mit überzeugender Unterstützung der Basis zu nationalen freisinnigen Projekten erheben wollen. Danach werden diese ausgewählten Projekte politisch in die Tat umgesetzt.

ihre persönliche Meinung zu den einzelnen Projekten abzugeben. Die individuellen Bewertungen werden vor Ort elektronisch erfasst. Am Schluss der Präsentation werden die Re-

Herzliche Einladung

zur Präsentation der ersten Projektauswahl von «Avenir radical» unter Mitwirkung von Ständerat Rolf Schweizer, Präsident FDP Schweiz

Wann: Samstag, 15. Mai 2004, ab 10.00 Uhr

Wo: BEA Bern Expo

Mitbringen: Gespannte Erwartung auf die Projekte und auf die Gelegenheit, aktiv am Prozess von «Avenir radical» mitzuwirken

Anmeldetalon

JA, ich nehme an der Projektpräsentation von «Avenir radical» am 15. Mai 2004 in Bern teil

Vorname, Name: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Talon ausschneiden und bis 10. Mai 2004 retournieren per Post oder Fax an: Generalsekretariat FDP Schweiz, Neugasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: 031 320 35 00

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.avenir-radical.ch oder per E-Mail an avenir-radical@fdp.ch

Anzeige

erstklassige Kreuzfahrten

12.–21. Juni Baltikum
SILVER CLOUD *****
inkl. Flug ZRH-AMS + CPH-ZRH
ab Fr. 6860.–
spez. stark ermässigt

In Vorbereitung:

14.–21. Aug. Flussfahrt
Amsterdam–Groningen–Bremen
Ausflugsprogramm,
spez. Besuche Gärten, Parks, Schlösser

10.9.–1.10. Transatlantik
via London, Vigo, Azoren, Halifax, inkl. 3 Tage Nova Scotia
spez. 50% Ermässigung für 2. Person

Info und Buchung bei:
MCCM MASTER CRUISES AG
Zürich-City und Fällanden
Tel. 01 825 20 50 Fax 01 825 31 41
E-Mail: mailbox@mccm.ch

spez. Für FDP-Mitglieder
erstklassig starten:
Limousinen-Transfer zum Flughafen/Bahnhof durch MCCM offeriert.



alle bei MCCM

Das Steuerpaket

Eine dringend notwendige Trendwende

Der Freisinn befragte alt Ständerat Toni Dettling, Präsident des Hauseigentümergebietes Schweiz, der das Steuerpaket mitgeprägt hat, über seine Stimmungslage und die Abstimmungs-Chancen.

«Freisinn»: Ist es Ihnen noch wohl angesichts des massiven Gegenwindes gegen die Abstimmungsvorlage?

Toni Dettling: Ja, denn ich bin nach wie vor überzeugt, dass das Steuerpaket als Ganzes eine gute Vorlage ist. Sie entlastet Familien und Alleinerziehende, fördert das Wohneigentum und stärkt den Mittelstand und die Wirtschaft, also alles Werte, die in der freisinnigen Politik nach meinem Verständnis seit eh und je eine zentrale Rolle spielen.

Doch ist es erfolgversprechend, umstrittene Teilbereiche zu einem Paket zu schnüren?

Wir haben im Parlament ausgiebig über diese Frage diskutiert und abgewogen. Letztlich hat sich dann aber die Paketlösung klar durchgesetzt. Dies in der Erkenntnis, dass Steuervorlagen nur dann eine Chance haben, wenn diese breit abgestützt sind und letztlich auch vom Kumulationseffekt profitieren. Ein Beispiel: Die Ablösung der Warenumsatzsteuer durch eine moderne Mehrwertsteuer gelang 1993 erst im vierten Anlauf, als man die Einführung der Mehrwertsteuer mit einer Verbilligung der Krankenkassen-

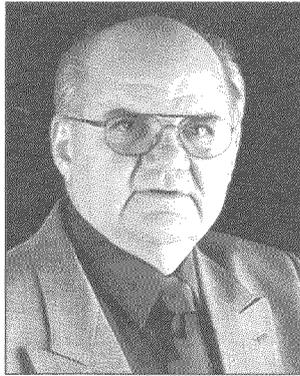
prämien «versüsste» und dem Tourismus erst noch einen Sondersatz in Aussicht stellte.

Nun wirft man der Vorlage als Päckli-Lösung vor, sie sei verfassungswidrig.

Das vorherige Beispiel der Mehrwertsteuer-Einführung zeigt, dass beim Schnüren von Paket-Vorlagen politische Gesichtspunkte gewichtiger sind als rechtliche Aspekte. Denn wenn die Verkoppelung der Mehrwertsteuereinführung mit einer Verbilligung der Krankenkassenprämien rechtlich problemlos möglich war, sollte die Steuerentlastung über drei Steuerbereiche in einem Steuerpaket umso eher möglich sein.

Aber die Wohneigentumsbesteuerung steht verfassungsmässig im schiefen Licht?

Nicht mehr und nicht minder als andere Steuervorlagen. Das von den Finanzdirektoren bei den Experten Cagianut/Cavelti eigens in Auftrag gegebene Gutachten stellt zwar fest, dass der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geritzt worden sei. Professor Peter Athanas hat in seinem Argumentarium jedoch nach-



Toni Dettling

Bild: zVg

gewiesen, dass die von Cagianut/Cavelti vertretene reine Lehre in der Praxis längst nicht eingehalten werde. Denn gerade im Steuerbereich sei anstelle der reinen Lehre das Pragmatische an der Tagesordnung. So gibt es etwa überall dort, wo eine steuerliche Förderung verfassungsmässig vorgesehen ist, zwangsläufig auch Steuerpflichtige, welche nicht bevorzugt werden. Das würde auch akzeptiert, soweit sich der Gesetzgeber in einem gewissen Rahmen halte. Über diesen gesetzgeberischen Ermessensspielraum kann man selbstverständlich unterschiedlicher Meinung sein.

Können Sie ein Beispiel dafür geben?

Ja, selbstverständlich. Aus der Sicht der Besteuerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist es völlig unbegreiflich, dass etwa private Kapitalgewinne aus Liegenschaften via Harmonisierungsgesetz in allen Kantonen als steuerpflichtig erklärt werden, private

Kapitalgewinne aus Wertpapieren jedoch steuerfrei sind. Die von den Kantonen vom Zaun gerissene Debatte über die Verfassungsmässigkeit des Steuerpaketes ist noch aus einem anderen Gesichtspunkt höchst fragwürdig. Bis nach der Beschlussfassung der Einigungskonferenz der beiden Räte haben die Kantone die Verfassungsfrage kaum je thematisiert. Im Gegenteil. Noch mit Schreiben vom 27. September 2002 an die Mitglieder der Bundesversammlung empfahlen sie die Zustimmung zum konzeptionell ähnlichen Vorschlag des Bundesrates ohne jeden Vorbehalt der Verfassungswidrigkeit.

Immerhin: Die Kantone werden in ihrem finanzpolitischen Spielraum beachtlich eingeschränkt?

Die Kantone haben – wie der Bund – bei der Ausgabenpolitik in den letzten Jahren kräftig über die Schnur gehauen. Ihre Zuwachsraten lagen massiv über dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Die Philosophie des sogenannten «Steuerdeckungs-Prinzips», d.h., dass die Steuern (jedem beliebigen) Ausgabenplafond anzugleichen seien, zementiert die wirtschaftliche Stagnation. Es ist ein klassisch freisinniges Postulat, wirtschaftliches Wachstum nicht zuletzt auch dadurch zu fördern, dass die Mittel soweit als möglich den Privaten und ihrer Innovation überlassen und diese nur soweit notwendig beim Staat generiert werden. Im Übrigen muss jeder Unternehmer, jeder private

Haushalt in Phasen des expansiven Ausgabenwachstums eine (echte) Einsparung im Umfang von 2 bis 2,5% pro Jahr verkraften können, ohne gleich das Augenmass zu verlieren. Das Bombenplakat der Kantonsregierungen lässt grüssen!

Mit Ihren Thesen rufen Sie aber die Linken auf den Plan?

Gewiss. Beim Abstimmungskampf über das Steuerpaket geht es schon lange nicht mehr um die Sache selbst. Mit gezielter Desinformation wird ein beispielloser Kampagnen-Journalismus gegen die Vorlage gefahren. In der Tat stellt sich am 16. Mai die zentrale Frage, ob die expansive Staatswirtschaft auf dem Rücken der immer kräftiger geschöpften Steuerzahler fortgesetzt werden kann oder ob der Fiskus zugunsten der ohnehin gebeutelten Steuerzahler etwas kürzer treten muss. Dass die Linke zu einer solchen Trendwende nein sagt, ist verständlich. Dass sie dabei von den bürgerlich dominierten Kantonsregierungen kräftig unterstützt wird, ist kaum zu begreifen. Dass die bürgerlichen Kräfte und namentlich wir Freisinnigen eine solche Chance zur Trendwende zugunsten der Steuerzahler beim Schopf packen müssen, ist gar keine Frage. Ein JA zum vorliegenden Steuerpaket ist die klare Antwort.

Das Gespräch mit Toni Dettling führte Ruedi Schläpfer vom GS FDP Schweiz.

Steuerentlastung als einmalige Chance

Abstimmungsvorlage vom 16. Mai 2004

Seit Jahren redet man bei der öffentlichen Hand vom Zwang zum Sparen, aber das Gegenteil geschieht, obwohl dringender Handlungsbedarf besteht.

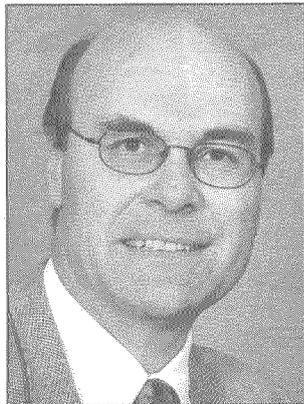
Von Markus Hutter,
Nationalrat FDP

Zwischen 1990 und 2002 haben die Staatsausgaben um 60% von 105 auf 168 Mia Franken zugenommen und die Steuern sind im gleichen Zeitraum um 54% angestiegen! Ein weiteres Beispiel: Der Kanton Zürich steigerte in der letzten Legislaturperiode 1999 bis 2003 den Staatsaufwand um rund 1,5 Milliarden Franken. 1999 haben wir aber keineswegs schlechter gelebt. Steuern und Abgaben sind in den letzten Jahren in unserem Land viel stärker gestiegen als die Einkommen, was die Kaufkraft deutlich schmälert hat.

Am 16. Mai wird den Stimmentenden mit dem Steuerpaket die Möglichkeit geboten, Gegensteuer zu geben. Gleichzeitig werden endlich unsere Familien entlastet, indem die Kinderabzüge beinahe verdoppelt werden und neue Abzugsmöglichkeiten für Kinderbetreuung durch Drittpersonen eingeführt werden. Auch Alleinerziehende können einen neuen Abzug geltend machen.

Die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren im Vergleich zu Konkubinatspaaren wird mit dem Steuerpaket ebenfalls endlich aufgehoben.

Das Steuerpaket verringert die Belastung durch die direkte Bundessteuer.



Markus Hutter Bild: zVg

Von diesen Entlastungen profitieren alle, welche in der Vergangenheit unter der steigenden Steuerlast zu leiden hatten.

Zudem schafft das Steuerpaket Möglichkeiten, den Traum vom eigenen Heim auch für mittlere und untere Einkommensschichten realisierbar zu machen. Neu wird der erstmalige Erwerb von Wohneigentum dank einem bewährten Bausparmodell steuerlich gefördert. Zudem versteuern Wohneigentumsbesitzer ab 2008 kein fiktives Einkommen mehr, da der leidige Eigenmietwert abgeschafft wird. Die Reform bei den Stempelabgaben sichert Arbeitsplätze und festigt den Finanzplatz Schweiz. Die Erhöhung der Freigrenze bei Emissionsabgaben entlastet auch das Gewerbe und die KMU.

Mit einer beispiellosen Verwirrungstaktik, gekrönt durch die zweifelhaften «Bombeninserte» einiger

Kantonsregierungen, versuchen die Gegner des Steuersenkungspaketes, das Stimmvolk zu einem Nein zu verleiten. Dabei wird von der Vorstellung ausgegangen, es komme zu sogenannten Steuerausfällen. In Wirklichkeit würden dank dem Steuersenkungspaket die entsprechenden Mittel aber in den

Konsum (statt in die Staatskasse) fliessen und auf diese Weise für höhere, nicht tiefere Steuereinnahmen sorgen, verbunden jedoch mit einer Belebung der Konjunktur. Aus einer längerfristigen Optik bringt das Steuerpaket nicht nur den Wohneigentümern, den Familien und der Wirtschaft (Arbeitsplätze!)

enorme Vorteile, sondern setzt ein dringendes Signal in Richtung Aufschwung. Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat absolut Recht, wenn er sagt, die Steuerentlastungsvorlage sei eine einmalige Chance zum Kurswechsel. Nutzen wir also diese Chance und stimmen am 16. Mai Ja zum Steuersenkungspaket!

FDP-Reise

Allalin-Besteigung mit Bergpredigt!

Kommen Sie mit auf einen 4000er.

14./15. August 2004 (Schlechtwetterdatum 21./22. August 2004)

Im vergangenen Jahr offerierte die FDP-Zeitung ihren Lesern eine Bergtour über den Aletschgletscher vom Berner Oberland ins

Wallis. Im kommenden Sommer packen wir ein ehrgeiziges Ziel an, einen Walliser Viertausender oberhalb von Saas Fee.

Anmeldung

Ich melde definitiv _____ Person(en) für die Wanderung vom 14./15. August 2004 (Schlechtwetterdatum 21./22. 8. 04) aufs Allalinhorn zum Preis von Fr. 520.- pro Person an. Das Programm, der Arrangementpreis und die Leistungen sind mir von der Ausschreibung her bekannt.

Name/Vorname: _____ Jahrgang: _____

Adresse: _____

Plz/Ort: _____

E-Mail: _____

Tel. tagsüber: _____ Tel. privat: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

_____ Person(en) mit Halbtaxabo zum Preis von Fr. 520.- pro Person

_____ Person(en) ohne Halbtaxabo mit Fr. 30.- Zuschlag pro Person

Ich/wir akzeptiere(n) die Annullationskostenversicherung (ELVIA), die mich/uns im Falle von Krankheit/Unfall vor der Reise schützt. Sie kostet Fr. 15.- pro Person.

Ich/wir verzichte(n) auf die Versicherung, da ich/wir gleichwertig versichert bin/sind. Versicherungs-Gesellschaft: _____

Bitte Namen der Begleitpersonen (inkl. Angabe betr. Halbtaxabo/Versicherung) auf separatem Blatt aufführen.

Coupon einsenden an: FDP Schweiz, Allalintour, Postfach, 3001 Bern.

Weil es sich lohnt

Plädoyer für mehr Frauen in der Politik

Das Thema «Frau und Politik» ist ein weites Feld, das sich niemals umfassend darstellen lässt. Ich beschränke mich in meinem Plädoyer für mehr Frauen in der Politik auf fünf Punkte, die mir aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen wichtig erscheinen.

Von Gabi Huber,
Landammann
des Kantons Uri
und Nationalrätin

1. Warten Sie nie darauf, bis Sie jemand fragt, ob Sie für ein Amt kandidieren wollen! Melden Sie sich vielmehr aktiv bei der Parteileitung, wenn Sie Freude und Interesse an einem politischen Amt haben und suchen Sie dafür die Unterstützung von Parteikolleginnen und Parteikollegen. Sie ersparen sich dabei den Frust, nie «angefragt» worden zu sein, obwohl Sie sich doch eigentlich gerne zur Verfügung gestellt hätten. Durch klare Anmeldung Ihrer Wünsche verschaffen Sie sich nachhaltig Respekt. Auch wenn Ihre Kandidatur falliert, wird man Sie als Person in Erinnerung haben, die weiss, was sie will.
2. Unterschätzen Sie sich nicht! Sie können alles genauso gut, wenn nicht besser als viele Ihrer männlichen Mitbewerber. Jeder und jede, vom Schulrat bis zum Bun-

- desrat, hat einmal angefangen und wusste nicht schon vom ersten Tag an gleich viel wie am Ende der Amtstätigkeit.
3. Seien Sie sich bewusst, dass man in der Politik nie von allen geliebt werden kann! Wer etwas bewegen will und etwas macht, stösst immer auf Kritik. Nur wer nichts macht, wird nicht kritisiert. Das Wichtigste ist, dass Sie sich immer selbst treu bleiben und alle Ihre Entscheide letztendlich vor sich selbst verantworten können. Geradlinigkeit wird oftmals selbst vom politischen Gegner anerkannt.
 4. Glauben Sie nicht an eine parteiübergreifende Frauensolidarität! Frauen dürfen und sollen unterschiedliche Meinungen zu Sachthemen haben. Und wenn Frauen um Ämter kandidieren, überwiegt in aller Regel das Parteidenken. Seien Sie darum nicht überrascht, wenn Sie als Kandidatin für die Frauen aus anderen Parteien leider in der falschen Partei sind, um öffentlich unterstützt zu werden. Frausein ist kein politisches Programm, kein Vorteil, aber auch kein Nachteil.
 5. Definieren Sie sich nicht ausschliesslich über die Politik! Politik ist zwar spannend und anspruchsvoll. Wenn sie einmal gepackt hat, lässt sie fast nicht mehr los. Aber es gibt noch

anderes im Leben. Wenn es Alternativen zum politischen Leben gibt, sind Enttäuschungen oder Misserfolge einfacher zu tragen.

Ein Muss

Es gibt nicht eine Männerpolitik und eine davon getrennte Frauenpolitik. Politik ist eine gemeinsame Sache von Frauen und Männern. Tatsache aber ist, dass es viel zu wenig Frauen in politischen Ämtern gibt. Gesellschaftspolitisch ist es ein absolutes Muss, mehr Frauen in die Politik zu bringen.

Frauenförderung als Aufgabe

Die Parteien haben hier eine zentrale Aufgabe. Man kann die Männer der eigenen Partei nicht genug darauf aufmerksam machen, dass eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in den politischen Gremien auf allen Stufen eine Selbstverständlichkeit ist. Die FDP Uri darf sich rühmen, innerhalb des Kantons die erste Kantonsratspräsidentin, die erste Regierungsrätin und Frau Landammann gestellt zu haben.

Courage

Eine ganz wichtige Rolle für Frauen in der Politik spielen aber auch ihre eigenen Gruppierungen innerhalb der Partei. So sind die FDP-Frauen Schweiz ein Netzwerk, in dem die gleiche Sprache gesprochen wird, in dem die gleichen grundsätzlichen Positio-



Gabi Huber, Landammann des Kantons Uri und Nationalrätin

Bild zVG

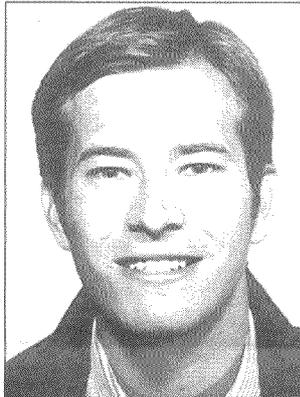
nen in Politik, Staat und Gesellschaft verfolgt werden. In diesem Sinne sind sich die FDP-Frauen selbst auch eine Art Oase im rauen politischen Alltag. Ich fordere deshalb alle liberal und freisinnig Denkenden auf, sich für die FDP-Frauen Schweiz zu engagieren. Es lohnt sich! ■

Kongress der jfs in Solothurn

Daniel Helfenfinger wurde als Präsident der jfs bestätigt

Am Wochenende vom 2. bis 4. April 2004 hielten die jungfreisinnigen schweiz (jfs) ihren Kongress in Solothurn ab. Nebst einem interessanten Rahmenprogramm mit spannenden Debatten wurde am Sonntag ein Hearing mit den Kandidaten für das FDP-Präsidium durchgeführt. Aus Sicht der jungfreisinnigen kanton solothurn ist besonders erfreulich, dass der Solothurner Daniel Helfenfinger als Präsident der jungfreisinnigen schweiz per lang andauernder Akklamation in seinem Amt bestätigt wurde.

André Haefeli,
Bereichsleiter
Marketing jfs



André Haefeli

Insgesamt über 130 Jungfreisinnige aus allen Landesteilen fanden sich übers Wochenende in der Aarestadt Solothurn ein, um am ordentlichen Jahreskongress der jungfreisinnigen schweiz (jfs) teilzunehmen. Den Auftakt bildete am Freitagabend der Willkommensapéro auf dem mächtigen Riedholzturm hoch über den Dächern der Solothurner Altstadt, wo Regierungsrat Christian Wanner einige (frei-)sinnige Grussworte an die eingefundenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer richtete. Der anschliessende Ausgang

dürfte bei einigen nicht zu kurz gekommen sein – dennoch versammelten sich am darauf folgenden Samstagmorgen alle pünktlich vor der Jugendherberge zur Abfahrt auf den Weissenstein, wo ein reichhaltiger Brunch auf die hungrigen Mäuler wartete. Mit diesem Ausflug auf den Solothurner Haus-

berg haben die Jungfreisinnigen eine für sie geschichtsträchtige Stätte besucht, fanden doch früher die alljährlichen Kongresse der jungfreisinnigen schweiz während Jahrzehnten im Kurhaus Weissenstein statt.

Podiumsdiskussion zum Thema Kriminalität

Am Samstagnachmittag folgten eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion sowie spannende Polit-Workshops zum Thema «Kriminalität» mit Nationalrat Roland Borer (SVP), Nationalrätin Bea Heim (SP), Ständerat Rolf Büttiker (FDP) und Kantonsrat Edi Baumgartner (CVP). Den kulturellen Rahmen zum Kongress bot eine anschliessende Stadtführung durch die schönste Barockstadt der Schweiz. Als weiterer Höhepunkt erwies sich am Samstagabend das delikate Referat von Stadtpräsident und Nationalrat Kurt Fluri, welches zum gemeinsamen Nachtessen im Rest. Einsiedelei, Rüttenen, überleitete. Mit den anschliessenden Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Jungliberalen Kanton Solothurn (JLKS) wurde zugleich auch ein weiterer historischer Akt vollzogen: die Änderung des Parteinamens in jungfreisinnige kanton solothurn (jfs) und des Logos! Somit ist die letzte dem Freisinn verpflichtete jungliberale Bastion in der Schweizer Politlandschaft verschwunden



Solothurner unter sich (v. l. n. r.): Sarah Wirz, Nico Zila und Yasmine Heer.

– welche sich bislang an der Seite ihrer ebenso eigensinnigen gelben Mutterpartei mit dem kleinen «d» stets in guter Gesellschaft befunden hat! Auch wenn diese Anpassungen im Vorfeld keineswegs unbestritten waren und einige altgediente Solothurner Jungliberale dies sicher nur schweren Herzens verdauen mögen, macht diese Angleichung hinsichtlich eines gesamtschweizerischen Corporate identity durchaus auch Sinn! Folglich wird künftig auch jede Verwechslung mit den der Liberalen Partei (LPS) zugewandten Jungparteien vermieden. Als Überraschung und zum Abschluss eines abwechslungsreichen Tages pilgerten die Jungfreisinnigen schliesslich in einem eindrucksvollen nächtlichen Fackelzug durch die sagenumwobene Verenschlucht, wo sie am Ende Glühwein und Punsch erwartete und es sich einige denn auch nicht nehmen liessen, einen unvergesslichen Abend mit ein paar nachtschwärmerischen Liedern aus besten



Die Jungfreisinnigen beim Brunch auf dem für die jfs geschichtsträchtigen Weissenstein.



Die Jungfreisinnigen am Kongress vom Sonntag.

Pfadfinderszeiten ausklingen zu lassen. Das benachbarte Altersheim möge dies im Nachhinein hoffentlich verzeihen...

Daniel Helfenfinger in seinem Amt bestätigt

Anlässlich des statuari-schen Teils des Kongres-ses am Sonntag im Alten Spital wurde der Vorstand der jungfreisinnigen schweiz neu bestellt. Da-bei wurde Daniel Helfenfinger (Zullwil, SO) durch eine lang andauernde Akklama-tion als Präsident der jungfreisinnigen schweiz in sei-nem Amt bestätigt.

Der Vorstand der jungfrei-sinnigen schweiz setzt sich neu wie folgt zusammen: Daniel Helfenfinger, Präsi-dent, SO, bisher; Véroni-que Monney, Vizepräside-ntin, FR, neu; Carl Duisberg, Vizepräsident, ZH, bisher; Nicole Mittner, Kassierin, TG, bisher; Samantha Rei-chenbach, Beisitzerin, GE, neu; Bernhard Bichsel, Beisitzer, BE, neu; Armin Camenzind, Beisitzer, LU, bisher; Diego Gfeller, Bei-sitzer, SZ, neu; Michael Kummer, Beisitzer, SG, bisher. Zudem wurde Na-tionalrätin Christa Mark-walder offiziell in den Vor-stand aufgenommen.

Nebst dem statuarischen Teil und einigen Statuten-



Aus jungliberal wird jungfreisinnig. Die jfso nach geglücktem Namenswechsel.



Christian Wanner bei seiner Begrüssung.

revisionen wurden zudem nach interessanten und heftigen Debatten Positi-onspapiere zu den Themen Asylpolitik, Einbürgerung, äussere sowie innere Si-cherheit verabschiedet.

Parteipräsidenten-Hearing: jungfreisinni-ge schweiz unter-stützen Rolf Schweiger

Als weiteres Highlight des Wochenendes hatten die jungfreisinnigen schweiz am Sonntagnachmittag Ge-legenheit, das erste Hear-ing mit den beiden Kandi-daten für das FDP-Präsi-dium, Ständerat Rolf Schweiger und Nationalrat Georges Theiler, durchzu-führen. Nach einer scho-nungslosen Fragerunde und eingehenden Diskus-sionen sprachen sich die Kongressteilnehmerinnen



Die Präsidentin der FDP Schweiz überbringt Grussworte.



Hochkarätiges Podium (v. l. n. r.): Roland Borer (NR SVP), Edi Baumgartner (KR CVP), NZZ-Redaktor Jörg Kiefer, Rolf Büttiker (NR FDP), Bea Heim (NR SP).

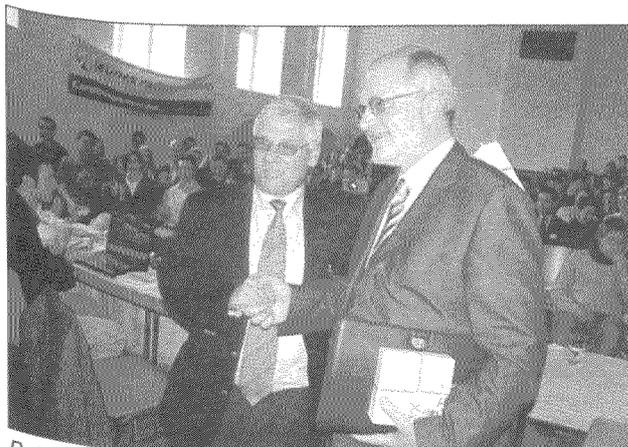
und -teilnehmer schliess-lich mit 93:26 für die Kan-didatur Rolf Schweiger aus. Somit war die Wahl-empfehlung der jungfrei-sinnigen schweiz an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Chur beschlossen.

Gelungener Kongress 2004

Die Rückmeldungen zahl-reicher Kongressteilneh-mer fielen allesamt äus-erst positiv aus. Durch die professionelle Organi-sation des Kongresses mit einem originellen und inter-essanten Programm wurde der Kongress 2004 in So-lothurn zu einem vollen Er-folg. Dies spiegelte sich nicht zuletzt auch in der Zahl der Teilnehmenden wieder: noch nie haben so

viele Jungfreisinnige (über 130!) an einem Kongress teilgenommen! Damit ha-ben die jungfreisinnigen kanton solothurn einen si-cherlich lang andauern-den, positiven Eindruck hinterlassen und gezeigt, wie Erfolg durch Einsatzbe-

reitschaft, Teamgeist und Kreativität zu erreichen ist. Dem Organisationskomi-tee gebührt grosser Dank! Und nicht zuletzt auch Pe-trus, der während dreier Tage frühsummerliches Wetter über Solothurn er-strahlen liess! ■



Rolf Schweiger und Georges Theiler nach dem Hearing.



Nach dem Fackelmarsch durch die Verenaschlucht stärken sich die jungfreisinnigen bei Glühwein und Punsch. Bilder zVg

Schweizer Milizsystem ist zukunftstauglich

Es gibt gute Gründe für eine rasche Anpassung der Armee XXI

In den letzten Tagen fiel die Boulevard- und die Militärpresse über die mangelnde Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee her. Diese Situation forderte ein Gespräch zwischen dem «Freisinn» und dem Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommission, Nationalrat Edi Engelberger, geradezu heraus.

«Freisinn»: Die Nato, ein Verteidigungsbündnis der nichtkommunistischen Staaten, nimmt im Rahmen der Osterweiterung sechs ehemalige Ostblockstaaten auf. Löst diese Tatsache bereits eine neuerliche Armee-reform aus, welche letztlich das Ende der Milizarmee bedeutet?

Edi Engelberger: Tatsache ist, dass das Schweizer-volk mit der Armee XXI unlängst einmal mehr ein klares Bekenntnis zur Milizarmee abgelegt hat. So gesehen ist die ganze Polemik in den Medien ein Sturm im Wasserglas. Eine weitergehende Diskussion kann erst dann geführt werden, wenn das neue Rekrutierungssystem erste gesicherte Erkenntnisse über die Tauglichkeit der Stellungspflichtigen liefert und die Armee XXI umgesetzt ist.

Leute aus der Wirtschaft und höhere Milizoffiziere behaupten, es werde Jahre dauern, bis die Armee XXI wieder einsatzfähig sei.

Diese Einschätzung stimmt so nicht. Zudem ist sie gegenüber den Kommandanten, welche die Armee XXI jetzt umsetzen

müssen, unfair. Erste Erfahrungen in den völlig neu formierten Kp und Bat zeigen, dass es funktioniert; aber sie brauchen auch Zeit, bis alle Mechanismen eingespielt und trainiert sind.

Die zahlreichen Pannen beispielsweise bei der Einteilung und Umteilung in die Armee XXI beweisen aber das Gegenteil. Inwiefern stimmen diese Behauptungen?

Es gibt Beispiele, die auch für mich unerklärlich sind. Man darf aber nicht vergessen, dass über 400 000 Adas entweder neu eingeteilt oder ausgemustert werden mussten. Das Informationssystem Pisa 2000 hat dabei dem VBS wirklich einen dummen Streich gespielt. Darum ist Bundesrat Schmid im Pilotbericht zu Art 147 b offen dazu gestanden, dass dieses System die Erwartungen bis heute noch nicht erfüllt hat und weitere Massnahmen getroffen wurden.

Machen diese Pannen einen Zusatzbericht zum Pilotbericht notwendig?

Nein. Unsere Kommission wird aber in nächster Zeit etliche Truppenbesuche



Edi Engelberger

Bild zVg

durchführen, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen, wie es in Wirklichkeit ist und wie die Truppe und ihre Kommandanten reagieren.

Welches ist der Zeitpunkt, an dem eine diesbezügliche Debatte angezeigt ist?

Das VBS hat uns eine rol-lende Orientierung über die kritischen Punkte zugesagt. Im Übrigen wird eine nächste Debatte stattfinden wenn der erste gesetzlich verankerte Controlling-bericht im Jahre 2005 vorgelegt werden muss.

Hat die Milizarmee im heutigen nationalen und internationalen Umfeld überhaupt eine Chance?

Der Milizgedanke ist das tragende Element der Armee XXI. Der prozentuale

Anteil der herumgebote-nen Untauglichen lässt keinen Schluss zu, dass dieses Modell ausgedient hat. Das neu geschaffene Rekrutierungssystem gibt uns die Möglichkeit, die Leute besser zu erfassen und einzuteilen. Wer nicht tauglich ist, wird im Bevölkerungsschutz eingesetzt oder dann eben dienstfrei. Im Übrigen ist unser ganzes gesellschaftspolitisches Leben auf der Miliz aufgebaut. Ein Zusammenbrechen dieses Systems wäre niemandem dienlich und hätte drastische Folgen.

Armeeplaner sollen Überlegungen anstellen, welche auf eine zweigeteilte Armee hinauslaufen. Mit einer Truppe für den Verteidigungsfall und für subsidiäre Einsätze?

So steht es nicht im Controllingbericht. Festgehalten hat Bundesrat Schmid lediglich, dass die Ressourcen entscheiden, wie die Armee ihren Auftrag erfüllen kann. Wie viel Geld der Armee in Zukunft zur Verfügung steht, wird hier ein entscheidender Punkt sein. Wenn das Parlament die heutigen vier Milliarden kürzt, dann, aber erst dann muss der Bundesrat den Auftrag für die Armee überdenken und wenn nötig neu formulieren.

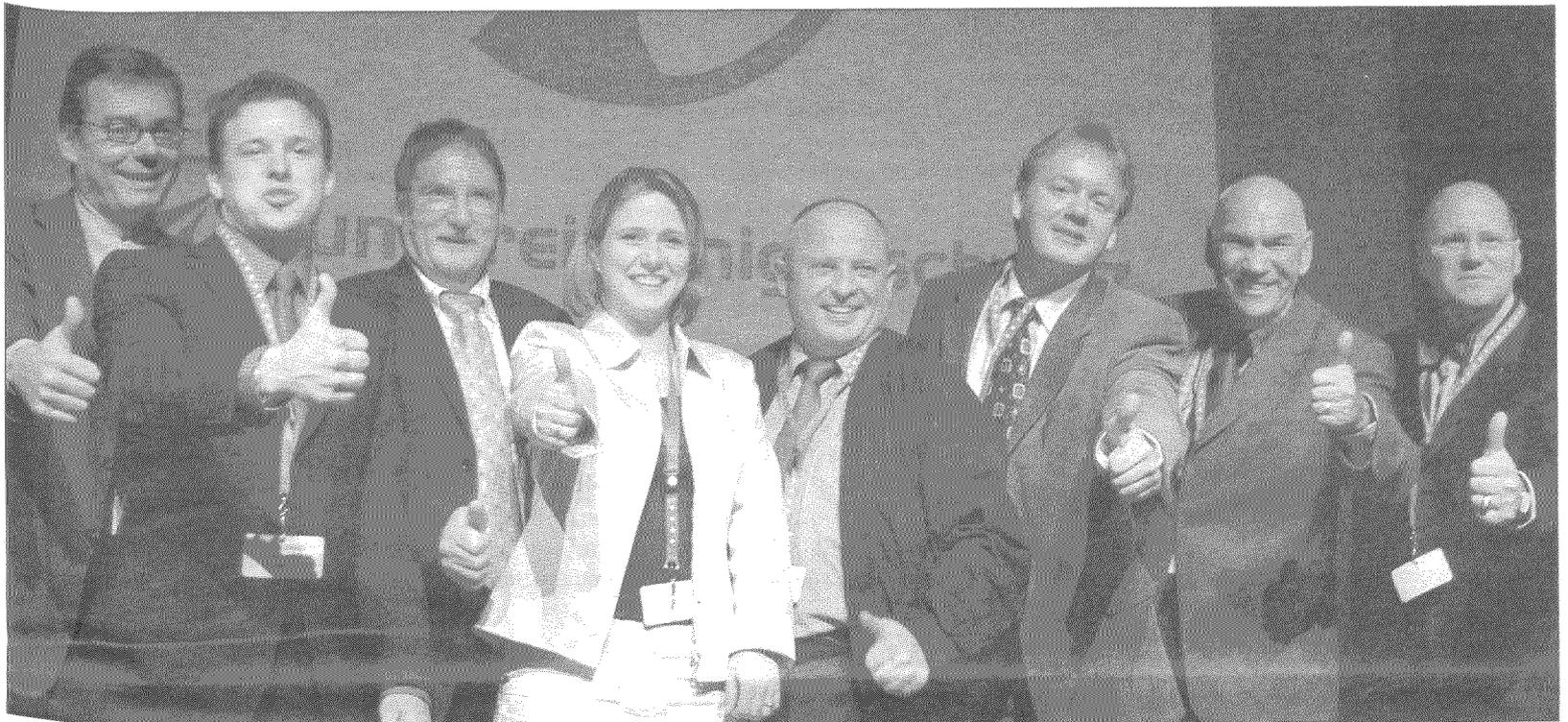
Durch eine Indiskretion aus der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) gelangte der Controllingbericht des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) an die Medien. Wie gedenken Sie damit umzugehen?

Diese Tatsache hat mich masslos geärgert. Es ist, gelinde gesagt, unglaublich, wenn gewisse Politiker aus reiner Profilierungssucht solche Informationen an die Öffentlichkeit bringen. Bedauerlich ist die Tatsache, dass unsere ständerätliche Schwesterkommission so aus den Medien Halbwahrheiten über diesen Bericht erfahren muss. Diese Indiskretionen müssen in der Kommission sicher ausdiskutiert werden.

Das Gespräch mit Edi Engelberger führte Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz.

Jungfreisinnige mit furiosem Start

Gründungsfeier mit viel Prominenz im MythenForum Schwyz



Jungfreisinnige-Gründungsfeier mit Prominenz: Von links: FDP-Vizepräsident Ruedi Noser, Jungfreisinnige-Vizepräsident Mark Steiner, Regierungskandidat Peter Reuteler, Nationalrätin Christa Markwalder, Regierungsrat Alois Christen, Jungfreisinnige-Schweiz-Präsident Daniel Helfenfinger, Nationalrat Otto Ineichen und Jungfreisinnige-Präsident Marco G. Walser.

Bild: Roger Bürgler

Der Start ist geglückt: Mit einer grossen Zahl junger Leute und viel Prominenz wurde am Samstag im MythenForum Schwyz die Gründung der Jungfreisinnigen Kanton Schwyz gefeiert.

Von Stefan Dettling,
Jungfreisinnige Schwyz

«Die Gründungsfeier war ein grosser Erfolg», zeigt sich Vizepräsident Mark Steiner von den Jungfreisinnigen Kanton Schwyz hoch zufrieden. Nicht nur dass über 150 Leute ins MythenForum Schwyz kamen, sondern dass auch die Stimmung unter den Anwesenden so gut war. «Das ist für uns ganz wichtig, denn wir wollen neben allem Politischen vor allem ein gutes Kontakt-Netz unter den Mitgliedern auf-

bauen», erklärt der 26-Jährige. Geschehen soll dies mit gesellschaftlichen und kulturellen Anlässen im Kanton Schwyz. «Denn unser Kanton ist so vielfältig und abwechslungsreich. Wieso sollten wir eine weite Reise antreten, wenn das Schöne so nahe liegt», meint Mark Steiner. Dieses Konzept ging jedenfalls bereits bei der Gründungsfeier voll auf. Die jungen Leute kamen aus Inner- und Ausserschwyz in grosser Anzahl. Auch regionale und nationale Politikerinnen und Politiker würdig-

ten das Fest. Festredner waren Peter Reuteler, FDP-Regierungsratskandidat, Daniel Helfenfinger, Jungfreisinnige Schweiz, und Marco G. Walser, Präsident Jungfreisinnige Kanton Schwyz.

In einer nationalen «Arena» tauschten der Zürcher Nationalrat Ruedi Noser, Vizepräsident FDP Schweiz, die Berner Nationalrätin Christa Markwalder (jüngstes FDP-Mitglied im eidg. Parlament) sowie der Luzerner Nationalrat und politische Quereinsteiger Otto Ineichen ihre Ansichten und Visionen aus.

Das Element Show kam ebenfalls nicht zu kurz. So wurde unter anderem ein eigens für diesen Anlass

gedrehter Kurzfilm gezeigt, der die freisinnigen Werte auf kreative Art und Weise darstellte. Snowboard-Star Fabienne Reuteler zog schliesslich als Glücksbringerin die Wettbewerbs-Gewinner. Danach wurde auf die Jungfreisinnigen Kanton Schwyz angestossen und bei Fingerfood noch

lange diskutiert und gefeiert.

Kontakt:
Stefan Dettling
Jungfreisinnige
Kanton Schwyz
Region Innerschwyz
Telefon 079 670 11 59
E-Mail:
stefan.dettling@bluewin.ch
Internet: www.jfsz.ch

Erfolg und Niederlage

«Erfolg: wenn A für Erfolg steht, gilt die Formel
 $A = X + Y + Z$.

X ist die Arbeit, Y die Musse und Z heisst Mundhalten.»

Albert Einstein, deutscher Physiker (1879–1955)

Unnötige Steuererhöhung auf Vorrat

Nein zur Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der MWSt

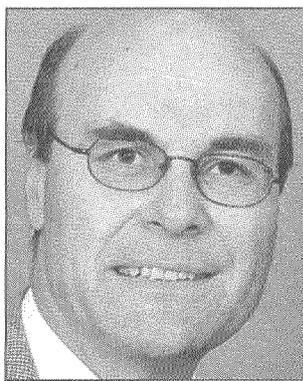
Am 16. Mai entscheiden die Stimmbürger über eine Mehrwertsteuer-Erhöhung von 1,8% zur Finanzierung des Mehrbedarfes bei der Alters- und Hinterlassenen-Vorsorge (AHV) und Invalidenversicherung (IV).

Von Nationalrat Markus Hutter, Winterthur

Während bei der IV sofortiger Handlungsbedarf unbestritten ist, ist bei der AHV gar nichts klar und entscheidungsreif.

IV braucht neue Sanierungsvorlage

Der IV steht das Wasser schon seit Jahren bis zum Hals. Sie weist ein jährliches Defizit von 1,5 Milliarden Franken aus, und ihre Verschuldung wird bis Ende Jahr auf 6 Milliarden



Markus Hutter

Franken anwachsen. Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung ist grundsätzlich bereit, rasch Gel-

der für die IV einzusetzen, wobei schon heute klar ist, dass 0,8 Mehrwertsteuerprozent dafür nicht ausreichen werden. Deshalb muss rasch eine neue Sanierungsvorlage aufgelegt werden, die mit der 5. IV-Revision gekoppelt ist.

AHV-Finanzierung bedarfsgerecht planen

Bei der AHV erwarten Parlament und Bundesrat vom Souverän, auf Verfassungsstufe Steuern zu gewähren, für die noch ungewiss ist, wann sie wirklich benötigt werden. Wird bereits heute ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent für die AHV in der Ver-

fassung bereitgestellt, so werden nur neue Begehrlichkeiten geweckt, und der Druck auf weitere Sparmassnahmen verringert sich. Solange wir zudem nicht wissen, ob es einer unheiligen Allianz aus SVP und SP gelingt, die überschüssigen Goldreserven der Nationalbank für die AHV einzusetzen, oder wenn gar die Nationalbankgewinne für die AHV gebraucht werden müssen, wie es die SP-Initiative fordert, macht eine solche Steuererhöhung auf Vorrat keinen Sinn. Wer für eine konsequente Finanzpolitik einsteht, kann nicht mit dem Steuerpaket Steuerentlastung zelebrieren und

gleichzeitig präventive Steuererhöhungen einführen!

Vorsicht vor linker Taktik!

Das Referendum der Linken gegen die 11. AHV-Revision macht zudem die Finanzierungszustimmung auch aus taktischen Gründen unmöglich. Das wohl schlimmste Ergebnis des Abstimmungstages wäre eine Steuererhöhung bei gleichzeitiger Ablehnung der 11. AHV-Revision, wie es die Linke will! Lassen wir es nicht soweit kommen und sagen wir am 16. Mai überzeugt NEIN zu dieser voreiligen Erhöhung der Mehrwertsteuer. ■

Ja zur 11. AHV-Revision

Das Parlament hat bereits anlässlich der 10. AHV-Revision festgehalten, dass die 11. Revision eine Sanierungsvorlage sein müsse.

Von Ständerätin Trix Heberlein, Zumikon

Die Finanzierungsprobleme, die sich aufgrund der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung ab 2009 abzeichnen, sind gravierend und dürfen nicht einfach der nächsten Generation aufgebürdet werden.

Praktisch unbestritten blieb im Parlament die Anhebung des Rentenalters



Trix Heberlein

der Frauen auf 65 – wie dies ursprünglich bei der Schaffung der AHV der Fall war.

Die langsamere Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung wie auch die Abschaffung des Freibetrages von

monatlich Fr. 1400.– auf Erwerbseinkommen der Rentner tragen zur Verbesserung der Finanzlage der AHV bei, ohne dass sie gravierende Einbussen bei den Rentnern zur Folge haben.

Auch die Anpassung der Witwen- an die Witwenrente wurde von Kommission und Parlament gutgeheissen, dies mit langen Übergangsfristen. Geschützt werden weiterhin überlebende Ehegatten mit Kindern, deren Renten erhöht werden. Dieser Entschluss trägt den gesellschaftlichen Entwicklungen und der vermehrten Erwerbstätigkeit der Frauen Rechnung. Die

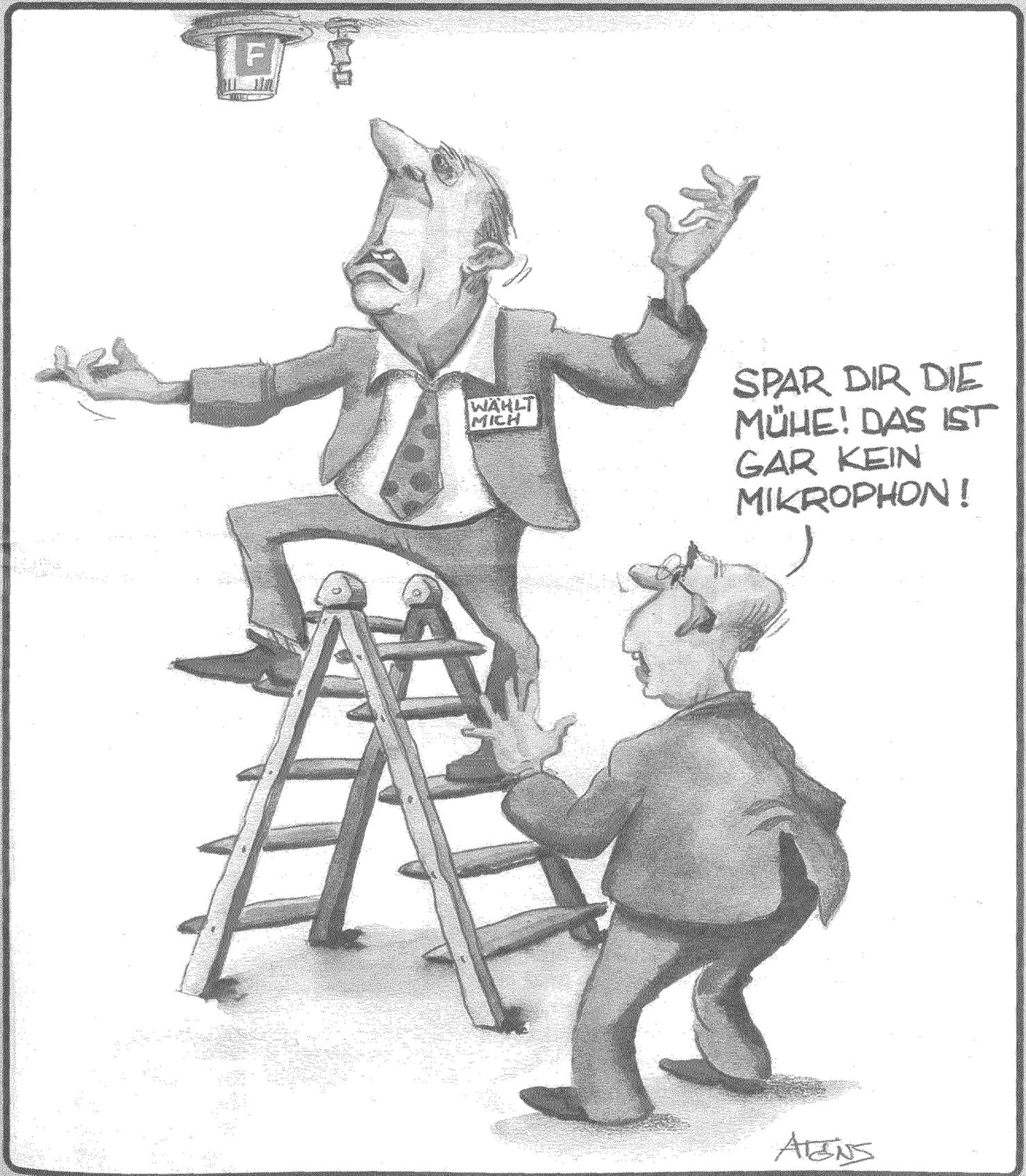
heute bezahlten Witwenrenten werden davon nicht betroffen.

Der Bundesrat hatte ursprünglich 800 Mio. Franken ausgeben wollen zur sozialen Abfederung der frühzeitigen Pensionierung. Das Parlament korrigierte diesen Betrag zuerst auf 400 Mio. Franken und reduzierte ihn im Differenzbereinungsverfahren ein weiteres Mal. Diese Korrektur will die Linke nicht mittragen – sie setzt weiterhin auf einen Ausbau der Sozialversicherungen! Zum ersten Mal heisst das Parlament eine AHV-Revision gut, welche den dringenden Sanierungsbedarf anerkennt und Massnahmen sozialverträglich umsetzt. Für den zukünftigen Kurs zur Sanierung der So-

zialversicherungen ist es unerlässlich, dass diese 11. AHV-Revision angenommen wird.

Linke fordert unrealistischen Ausbau der Sozialwerke

Die Linke setzt weiterhin auf neue Finanzierungsquellen (Goldreserven / laufende Nationalbankgewinne) und auf eine Erhöhung der MWSt-Prozente im Voraus! Bundesrat und Experten sind sich einig, dass der Finanzierungsbedarf für die AHV bis 2009 sichergestellt ist, je nach Wirtschaftsentwicklung bis 2013. Dannzumal kann auch in Kenntnis der Fakten über eine allfällig notwendige Erhöhung des MWSt-Satzes entschieden werden. ■



Karikatur Andreas Töns

Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben

Wenn etwas explodiert*, dann sind es die Kantonsfinanzen!



*Es ist eine Geschmacklosigkeit, ja ein Skandal. Kantonsregierungen missbrauchen Steuergelder für eine Paketbomben-Kampagne, während gleichzeitig Terroristen mit Paketbomben Tod und Verzweiflung säen.

Die Einnahmen der Kantone sind von 1990 bis 2003 von 39 Mia. Franken auf über 65 Mia. Franken explodiert. Das heisst plus 66 Prozent!

Diese Zahlen entlarven die jammernden Kantonsregierungen. Die Steuerentlastungen machen bis 2009 lediglich zwei Prozent der Kantoneinnahmen aus. Das ist tragbar.

Trotzdem drohen die Kantonsregierungen dem Stimmvolk jetzt mit Bomben, und die Linke ruft einmal mehr «Bschiss».

Klar ist: Explodierende Staats-Finanzen führen die Schweiz in eine Sackgasse. Wann endlich machen auch die Nein-Sager-Kantone ihre Hausaufgaben? Sie drohen lieber mit überrissenen Steuerausfällen, alles nur um ihren Staats-Säckel weiter zu füllen. Wir brauchen keine staatlichen Bombenleger, sondern endlich weniger Steuern und endlich wieder mehr Geld zum Leben.

Die gute Reform

Ja
Steuerpaket
am 16. Mai

www.ja-zum-steuerpaket.ch

Komitee «Familien entlasten – Ja zum Steuerpaket», Postfach 5835, 3001 Bern